

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Befreiung),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Klenig, verantw. Redakteur i. V.: Fritz Parplan,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Wefenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Versand-Anzeigen
für die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 30 A.

Verbandskollegen! Versäume keiner die im Oktober stattfindenden ausserordentlichen Generalversammlungen

Inhalt: Partei und Gewerkschaften. — Politische Umschau. Sozialdemokratischer Parteitag in Mannheim. (Politischer Massenstreik.) — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Massregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Abrechnung des Zentral-Verbandes für das zweite Quartal 1906. Bekanntmachungen der Gewerkschaften. Bericht: Verbot oder Reform der Maffarbeit? Der deutsche Arbeiter in Zürich. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterfchlag, Submissionen usw. — Polizei und Gerechtigkeit. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Partei und Gewerkschaften.

Der Parteitag der Sozialdemokratie Deutschlands hat den wichtigsten Punkt seiner Tagesordnung, die Verhandlungen, betreffend den politischen Massenstreik und die Frage des Verhältnisses der Partei zu den Gewerkschaften, einschliesslich der notwendigen Bestimmungen, in drei Sitzungen von zusammen einer vierzehntägigen Dauer erledigt. Wir glauben sagen zu dürfen, dass der Verlauf und das Resultat dieser Verhandlungen in den Hauptsachen befriedigend sind. Die Hoffnungen, die wir auf eine gründliche und ehrliche, offene Aussprache gesetzt hatten, sind in Erfüllung gegangen. Im allgemeinen trugen die Debatten den Charakter strenger Sachlichkeit; sie waren bestimmt und beherrscht von dem entschlossenen guten Willen der erbrückenden Mehrheit des Parteitages, die unangenehmen Differenzen, die sich in der Frage des politischen Massenstreiks und der Stellung der Partei zu den Gewerkschaften entwickelt hatten, beizulegen und zu klarer und bündiger Auffassung zu gelangen. Nur ganz vereinzelt machte sich leidenschaftliche Erregung oder ein Anflug davon bemerkbar. Dem Genossen Bebel, der sich als erster Referent in etwa dreistündiger Rede über die streitigen Punkte verbreitete, gebührt Anerkennung dafür, dass er von vornherein die Aufmerksamkeit des Parteitages auf die entscheidenden rein sachlichen Erwägungen konzentrierte. Einer der wichtigsten Teile seiner Ausführungen begreift sich in der unbedingten energischen Abjage an die Revolutionsromantik, die von seiten parteigedissidierender Kreise mit der Frage des politischen Massenstreiks verknüpft werden. Genau so, wie wir die betreffende Jenaer Resolution aufgefakt haben, legte auch Bebel ihren Sinn und ihre Bedeutung dar; der politische Massenstreik soll das äusserste Mittel zur Verteidigung der Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse gegenüber Unterdrückungsversuchen der reaktionären Gewalten sein. Und die Anwendung dieses Mittels soll nur erfolgen auf Grund reichlicher Erwägung aller in Betracht kommenden Umstände und Verhältnisse. Aber viel klarer als vor einem Jahre in Jena vertrat Bebel jetzt den Standpunkt, dass es sich lediglich um eine prinzipielle Anerkennung des Massenstreiks, nicht aber um unbedingte Festlegung der Partei und der Gewerkschaften auf dieses Kampfmittel handeln könne. „Flaumacher“, „Verärrer“, „Verbrecher an der Arbeiterklasse“ zc. zc. haben fanatische Elemente bekanntlich im Verlaufe des Jahres diejenigen genannt, die falscher, hyper-radikaler Ausbeutung der Jenaer Resolution entgegenstehen im Interesse der Partei und der Arbeiterklasse. Diesen so gefährlich angegriffenen Parteigenossen hat der Mannheimer Parteitag volle Rechtfertigung und Genußnahme gebracht, wozon sich jeder, der den Verhandlungsbericht liest, überzeugen wird.

Von nicht minderer Wichtigkeit und Bedeutung sind die Verhandlungen des Themas Partei und Gewerkschaften, das vom zweiten Referenten, dem Genossen Legien, einer eingehenden Besprechung unterzogen wurde und in der Debatte von mehreren Rednern, zu denen Bömelburg, Silberfchmidt und v. Elm gehörten, weitere sehr beachtenswerte Erörterungen erfuhr.

Es ist uns nicht möglich, im Rahmen dieses Artikels bereits die in Rede stehende Debatte und die gefassten Beschlüsse eingehend und erschöpfend zu würdigen. Wir müssen uns vorläufig auf einige allgemeine Bemerkungen beschränken. Der gute Geist, der den Parteitag beehrte, kommt am deutlichsten zum Ausdruck in der beschlossenen Resolution, die in der Hauptsache den Vorschlag der Genossen Bebel und Legien entspricht. Diese an anderer Stelle der heutigen Nummer unseres Blattes abgedruckte Resolution wurde mit 323 gegen 62 Stimmen angenommen.

Beschlossen wurde sodann, an den Schluss dieser Resolution folgenden Passus aus einem von Kautsky und 32 Genossen gemachten Vorschlage anzuschließen:

„Im aber jene Einseitigkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den freigenen Fortgang des proletarischen Kampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, dass die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken.“

Die so gefasste Resolution fand mit 386 gegen 5 Stimmen Annahme. Nach unserem Dafürhalten hätte der Kautsky'sche Zusatz ganz weggelassen können. Denn was er befragt erledigt nicht etwa einen Streitpunkt, sondern ist etwas durchaus Selbstverständliches, das die klare Tendenz des Haupttheiles der Resolution wirklich nicht mehr zu verschärfen geeignet ist. Noch nie ist von seiten der hier in Betracht kommenden Gewerkschaften der Sozialdemokratie entgegengekört worden; stets haben sie sich im Geiste der Sozialdemokratie betätigt, wenn auch nicht immer nach Wunsch einiger Theoretiker. Die in dem Kautsky'schen Zusatz enthaltene Mahnung ist also mindestens überflüssig. Aber eine andere Mahnung möchten wir aussprechen. Wer jetzt noch meint, das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften sei „immer noch nicht genügend geklärt“, ist ein Tor. Klarer und bündiger, als es in Mannheim geschehen, kann nicht ausgesprochen werden, dass Partei und Gewerkschaften eines Wesens sind; dass sie die proletarische Kampfpartei bilden; dass sie prinzipiell und taktisch aufeinander angewiesen sind. Mögen nun endlich die kleinlichen und ungerechten Angriffe aufhören, die der Geist des Hyper-radikalismus gegen die Gewerkschaften und ihre Führer so oft gerichtet hat, möge mit dem Geiste der Solidarität, der in Mannheim ohne Zweifel eine erhebliche Stärkung erfahren hat, sich der Geist der Harmonie verbinden, der vorwärtsdrängendes Vertrauen zu der geistigen Kraft der Arbeiterklasse in sich begreift!

Wir werden nach wie vor unsere Pflicht für die sozialdemokratische Partei tun! Möge aber auch jeder Parteigenosse seiner Pflicht gegen die Gewerkschaften genügen!

Im Anschluss an den vorerwähnten Punkt verhandelte der Parteitag die Stellung der Partei zu den anarcho-sozialistischen Gewerkschaften. Die Parteigenossen von Köln-Stadt hatten folgenden Antrag gestellt:

1. „In Anbetracht dessen, dass die gewerkschaftliche Zentralorganisation heute allgemein als die einzige richtige Gewerkschaftsform anerkannt wird, ist in Zukunft der reaktionelle Teil der Parteipresse den lokalistischen Gewerkschaften nicht mehr zur Verfügung zu stellen und ebenso solchen Zentralorganisationen zu verschließen, die nicht der Generalkommission angeschlossen sind.“

2. Parteigenossen dürfen nur bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossenen Zentralorganisationen angehören.“

N. von Elm und 27 Genossen legten folgende Resolution vor:

„Weil die unter-gewerkschaftlicher Firma auftretenden politischen Zwitterorganisationen, genannt „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“, sich immer bewusster in den Dienst anarcho-sozialistischer Propaganda und Ziele gestellt haben,

weil ferner diese Organisationen entgegen den Beschlüssen der Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, welche der Arbeiterfchaft die gewerkschaftliche Organisation in Zentralverbänden empfehlen, die gewerkschaftlichen Zentralverbände fortgesetzt in der gewöhnlichen Weise bekämpfen,

weil ferner diese Organisationen im offenen Gegensatz zu den Beschlüssen der sozialdemokratischen Kongresse den anarcho-sozialistischen Generalfstreit propagieren und überdies durch eine besondere Milderung ihres Organisationsprogramms die anarcho-sozialistische Agitation direkt gefördert haben,

und weil die Vorstände dieser „Freien Vereinigungen“ interne Beratungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission über das Verhalten bei politischen Massenstreiks — die schon aus Gründen der Parteistrategie geheim bleiben mussten — in der „Einigkeit“ veröffentlicht und dadurch die Partei zum Gegenstand allgemeiner Angriffe gemacht haben,

erklärt der Mannheimer Parteitag:

dass diese anarcho-sozialistischen Vereinigungen keineswegs Gemeinschaft mit der modernen Arbeiterbewegung haben und dass jede Mitarbeit von Parteigenossen in diesen Vereinen, Versammlungen und Propaganda unvereinbar mit der Forderung der Partei ist. Den anarcho-sozialistischen „Freien Vereinigungen“ ist der reaktionelle Teil der Parteipresse zu verschließen und sind die Redaktionen verpflichtet, der anarcho-sozialistischen Propaganda und Organisation mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.“

Somit kam folgende vom Parteivorstand und der Kartellkommission vorgeschlagene Resolution:

„Der Parteitag beschließt:

„In den in der Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Organisationen treten bedauerlicherweise immer bewusster Tendenzen hervor, die diese Organisationen in den Dienst der anarcho-sozialistischen, die deutsche Sozialdemokratiegefeindlichen Bestrebungen und schmähen Bewegung stellen, ja die eine anarcho-sozialistische Agitation gegen die Partei fördern wollen. Und da durch dieses Treiben auch die Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisationen aufs schwerste gefährdet wird, erklärt der Parteitag:

„Die anarcho-sozialistischen Bestrebungen, wie sie in den lokalorganisierten Gewerkschaften sich geltend machen, sind unvereinbar mit den Zielen und Interessen der Sozialdemokratie. Die Parteipresse hat daher die Pflicht, die anarcho-sozialistische Bewegung auf das entschiedenste zu bekämpfen und die Parteigenossen haben die Aufgabe, Personen, die für diese anarcho-sozialistischen Bestrebungen eintreten und für sie agitieren, sowie diese Personen Parteigenossen sind, aus ihren Reihen auszuscheiden. Diejenigen Parteigenossen, die in den lokalen Gewerkschaften organisiert sind, ersucht die Parteileitung, in Uebereinstimmung mit der Resolution des Mannheimer Parteitages, sich den lokalorganisierten Gewerkschaften anzuschließen.“

Die Lübecker Resolution lautet:

Der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erfordert einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen. Er hat zur Grundbedingung die Ausübung strenger Disziplin in der Aktion, die Befestigung der Verbände der Wehrkraft durch die Minierbarkeit gemäß den Grundsätzen der Demokratie.

Aber der Partei oder seiner Berufsorganisation in einem von ihnen geführten Kampf durch Taten entgegenwirken oder Sonderbündel zur Führung solcher Gegenaktion betreiben, verstoßt wider das vorenthaltende Lebensprinzip der Arbeiterbewegung. Es sind daher die politischen Organisationen der Partei berechtigt, solche Mitglieder so lange aus ihrer Mitte auszuschließen, als sie in diesem Verhalten verharren.

Genosse v. Elm, der zur Begründung seiner Resolution eine Redezeit von 20 Minuten hatte, ging mit den anarcho-sozialistischen Gewerkschaften gebührenden scharf ins Gericht. Auch von anderer Seite erfuhren diese Organisationen verurteilende Kritik, während es sich Frau Rosa Luxemburg angelegen sein ließ, sie in Schutz zu nehmen gegen den beantragten Ausschluss. Um mögliche Einheitlichkeit des Abstimmungsergebnisses zu erzielen, zog Genosse v. Elm seine Resolution zu Gunsten der des Parteivorstandes zurück. Aber die Abstimmung wurde vertagt durch einen mit knapper Majorität zur Annahme gelangten Antrag: über die vorgeschlagene Resolution zur Tagesordnung überzugehen und den Parteivorstand zu beauftragen, in Gemeinschaft mit der Generalkommission der Gewerkschaften nochmals im Sinne der Lübecker Resolution mit den anarcho-sozialistischen Gewerkschaften zu verhandeln.

Wir bedauern diesen Ausgang der Sache, der nichts anderes bedeutet, als eine Verzögerung einer Entscheidung, die doch einmal kommen muß und wird. Wir sind überzeugt, daß die Verhandlungen mit jenen geschworenen Gegnern der Zentralorganisation nicht den gewünschten Erfolg haben werden. Es ist ein Fehler, daß die reinliche Scheidung, wie sie der Parteivorstand vorgeschlagen hatte, nicht erfolgt ist. So bleiben denn die Zentralorganisationen in diesem Punkt zunächst auf sich selbst angewiesen.

Politische Umschau.

Eine Wirkung der Zollpolitik. Am 1. September dieses Jahres war ein halbes Jahr verfloßen, seitdem der neue Zolltarif und die neuen Handelsverträge in Kraft traten. Die Folgen der neuen Tarife wurden in der ersten Zeit, wie natürlich, durch erwartete und noch mehr durch unerwartete Umstände verdeckelt. Jetzt beginnen sie deutlicher zu werden. Die offizielle preussische „Statistische Korrespondenz“, Nr. 34 vom 8. September 1906, veröffentlicht folgende Tabelle über die Durchschnittspreise der wichtigsten Lebens- und Futtermittel im Monat August 1906 im Vergleich zu demselben Monat im Jahre 1905:

	Für 1000 Kilogramm									
	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Gerste, gelbe	Gerste, weiße	Hafer, gelb	Hafer, weiß	Gerste, weiß	Gerste, gelb
August 1906	178	149	148	160	240	330	513	53	144	46,6
August 1905	165	142	140	139	236	323	385	53	52	56,3

	Für 1 Kilogramm									
	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Gerste, gelbe	Gerste, weiße	Hafer, gelb	Hafer, weiß	Gerste, weiß	Gerste, gelb
August 1906	178	149	148	160	240	330	513	53	144	46,6
August 1905	165	142	140	139	236	323	385	53	52	56,3

Sämtliche Lebensmittel sind also im Vergleich zum Vorjahr im Preise mehr oder weniger stark gestiegen, mit Ausnahme der Kartoffel, für die eine minimale Ermäßigung eingetreten ist.

Grund- und Bodenwucher. „Das internationale Großkapital wuchert mit den Bodenwuchern, die doch Eigentum der ganzen Nation sein sollten. Unsere Regierungen aber müssen durch mühsam, ausgeklügelte und durchgeleitete neue Steueranordnungen, den Ummut weiter Volksteile auf sich laden, um den Aufgaben der Staaten oder des Reiches einigermaßen gerecht werden zu können. Wie ganz anders könnte es um die Reichs- und Staatsfinanzen bestellt sein, wenn man beizulegen die Ausbeutung der nationalen Bodenkräfte ebenso in Staatsregie übernommen hätte, wie den Betrieb der Eisenbahn!“

Das ist gewiß wieder eine von den „Erfindungen“ der roten Erster, die den geplagten Kapitalisten nicht das bishigen Leben gönnen. Was meint! Diesmal ist es die konservative „Deutsche Tageszeitung“, das Organ der Agrarier und Landbesitzer, die dem Großkapital die Fehle anlagt. Im Spezieller handelt es sich um die „Internationale Wohlfahrts-Gesellschaft“, die im reichsweitesten Industriegebiet das Recht erworben hat, über die unterirdischen Schätze (Erze und Kohlen) frei zu verfügen. Die „Arbeit“ dieser Gesellschaft hat im Rechnungsjahre 1905/06 den Aktionären 500 pSt Dividende eingebracht, je 100 Aktien also 500 „Berkant“. Auch in früheren Jahren haben die Gesellschafter der „Gesellschaft“ Riesengewinne — nahe an 100 pSt. — abgeworfen, gewiß ganz

annehmbare „Einkünfte“. Aber so trüb wie in diesem Jahre ist der Ausblick mit dem Grund und Boden, dem Eigentum der ganzen Nation, doch noch nie zu Tage getreten. Mit welchem Rechte aber nimmt die „Deutsche Tageszeitung“, die schärfste Verfechterin des Lebensmittelwunders, daran Anstoß! Was in dem agrarischen Blatte mit Recht gegen das mobile Kapital gesagt ist, das trifft aber nicht minder auf das immobile Kapital, den Grundbesitz, zu, der durch die neuen Zölle und durch die Viehsperre ebenfalls Wucherer gewinne einheimst. Die Verstaatlichung, beziehentlich die Expropriation des Grundbesitzes ist zum Wohle des gesamten Volkes nicht minder nötig, als die der unterirdischen Schätze. Und sicherlich wird das Volk, wenn es den ihm zufließenden Einkünften auf die Geseßgebung gewinnt, nicht Halt machen vor den Fiskalkommissionen und Rathshunden.

Die Welt wird schöner mit jedem Tag. Die Ädikle Reigen und Reigen, Staat und Gesellschaft haben kein anderes Interesse, als die Wohlfahrt der Industriearbeiter zu fördern, eine ausgeglichene Geseßgebung, um deren weiteren Ausbau man nicht ohne zu sein braucht, bezweckt den Schutz von Leib und Leben, wird für die Witwen und Waisen sorgen, also was der Staat! — Mit diesen Worten glaubt ein Mitarbeiter der „Arbeitgeber-Zeitung“ die Verheerungen der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei verdrängen zu dürfen. Wie mag es in dem Kopfe eines solchen Menschen aussehen, der es wagt, angesichts der grenzenlosen Verwüstung der Lebensbedürfnisse, angesichts der offensichtlichen Verwundungen der herrschenden Gesellschaft, die Masse des Volkes immer rechtloser zu machen, von der Wohlfahrt der Industriearbeiter zu reden?

Unsere teuren Kolonien. Die bisherigen Gesamtkosten des Deutschen Reiches für seine „Schutzzgebiete“ betragen nach einer Berechnung der „Kolonialen Volkszeitung“:

Kosten der Kolonialverwaltung in Berlin	M. 6787800
Zentralverwaltung für Kiautschou	404600
Reichsjustiz u. w. für Kolonien	186710300
Kosten für Kiautschou	8593810
Kosten der ostasiatischen Expedition	274106900
Südpazifischen Expedition	182848900
Kaufgeld für die Kolonien	16750000
Insgesamt	M. 763842800

Das macht rund dreihundert Millionen Mark. Demgegenüber beträgt der Handel mit den Kolonien von 1885 bis 1904, also innerhalb 20 Jahren, insgesamt 818 Millionen Mark. Was das bedeutet, zeigt der Anstieg, daß wir im Jahre 1904 nach der kleinen Schwere ausführen 327 Millionen Mark, also in einem Jahre soviel an Ausfuhr mit der Schwere wie in 20 Jahren an Ein- und Ausfuhr mit den Kolonien. Hierbei ist noch zu beachten, daß in dem Handel mit den Kolonien auch die Summe für die Gegenstände steht, die für die Beamten und Schutztruppen verwendet werden. Die „Koloniale Volkszeitung“ berechnet diese Summe für die 20 Jahre mit 60 Millionen Mark. Danach stellt sich die koloniale Bilanz in runden Summen:

Ausgaben für die Kolonien	M. 750000000
Handel mit den Kolonien	260000000
Verlust	M. 490000000

Also rund eine halbe Milliarde ist auf Nimmerwiedersehen in 20 Jahren für die Kolonien draufgegangen! Und wofür diese Aufwendungen? 1904 lebten in deutschen Kolonien 5495 Deutsche, also so viel wie ein kleines Landstädtchen. Jeder Deutsche in den Kolonien hat also dem Reiche das runde Stämmchen von M. 90 000 gekostet!

Von der russischen Revolution. Im Jahre 1905 soll die Revolution 34 554 Opfer gefordert haben. Der kleinste Teil davon kommt auf die Regierungskräfte und ihren Anhang, der größte Teil auf das Volk. Insgesamt wurden niedergemetzelt 14 180 Personen, hingerichtet 900, verwundet 19 524. Verhaftet wurden gegen 79 000 Personen. Die Vertreter der Regierung und des Kapitals hatten einen Verlust von etwa 700 Toten und etwa 800 Verwundeten. — Von Mitte Juli bis Ende August d. J. sollen über 600 Attentate durchgeführt sein, wovon nur 38 fehlgeschlagen waren. 244 Menschen kamen dabei ums Leben, 331 wurden verwundet.

Sozialdemokratischer Parteitag in Mannheim.

Politischer Massenstreik.

Resolution und Referat Weßels.

Resolution.

Der Parteitag bestätigt die Beschlüsse des Jenaer Parteitages, den politischen Massenstreik betreffend.

Der Parteitag empfiehlt nochmals besonders nachdrücklich die Beschlüsse zur Nachachtung, die die Stärkung und Ausbreitung der Parteiorganisation, die Verbreitung der Parteipresse und den Beitritt der Parteigenossen zu den Gewerkschaften und der Gewerkschaften zur Parteiorganisation fördern.

Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat er sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen.

II.

Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendige Organisationen für die Hebung der Massenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Es stehen am Wichtigsten hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt. Ein Ziel, das auch der Massenbewußte Arbeiter der Gewerkschaft notwendig er-

streben muß. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen.

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.

Referat.

(Vorkommnisse, die eine erneute Verhandlung notwendig machten.) Als wir im vorigen Jahre in Jena auseinandergingen, hat wohl niemand geglaubt, daß wir in diesem Jahre schon wieder über den politischen Massenstreik sprechen müssen. Die Art, wie diese Diskussion protokolliert wurde, muß auf das allerentschiedenste verurteilt werden. Durch die Indiskretion der sogenannten „Einigkeit“ in Berlin ist es zu großen Debatten gekommen. Ich finde, daß das Wort „Einigkeit“ in diesem Falle der bestmögliche Hohn ist. Wenn man loyal zu Werke gehen wollte, und wenn die betreffenden Redaktoren sich als Parteigenossen betrachteten, war es ihre Pflicht und Schuttpflicht, bei dem Parteivorstand zunächst einmal anzufragen, ob das Protokoll über die Verhandlungen der Gewerkschaftsvorstände-Konferenz in Wahrheit das wiedergibt, was in der vertraulichen Besprechung verhandelt war. Wenn sie dann mit der Antwort nicht zufrieden waren, wollten sie tun, was sie für gut hielten. Aber auch dann würde sich die Veröffentlichung als Treubruch charakterisieren müssen. Es trifft vielleicht auch hier einmal das Wort zu von der Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

Meine liebste Verwunderung muß ich darüber aussprechen, daß, als jene tendenziöse Entstellung des Protokolls veröffentlicht wurde, ein ganzer Teil der Parteipresse ohne weiteres diese Dinge als wahr und richtig, unbedenklich hinnahm und sich in der schärfsten Kritik gegen Parteivorstand und speziell gegen meine Person erging. Man nahm an, daß das, was da berichtet sei, auf Wahrheit beruhe. Ich sage nicht an, zu erklären: Wenn das wahr wäre, was damals durch die „Einigkeit“ veröffentlicht ist und was bis zu einem gewissen Grade im Protokoll der Generalkommission seine Bestätigung findet, dann gäbe es keine Verurteilung, sondern ich würde gegen diejenigen, die sich das erlaubt haben, was sie sich nach dem Protokoll erlauben wollten. Denn dann wäre unsere Handlungsweise, speziell die meine, nichts mehr und nichts weniger als Parteiverrat. Ich kann es mir kaum vorstellen, wie eine Behörde wenige Monate nach einem Parteitage, auf dem eine bestimmte Resolution angenommen worden ist, die die Richtschnur für die Parteipolitik bilden sollte, wenn entgegen einer solchen die Parteileitung sich in Verhandlungen mit einer Körperschaft einläßt, die beabsichtigt, einen vom Parteivorstand gestellten Beschluß nicht zu machen. Nicht nur, daß derselbe Mann, der jene Resolution vertretet und herbeigeführt hatte, daß dieselbe angenommen worden ist, es sein soll, der das plötzlich zu nichte macht, was er vor der Partei behauptet hat. Man hätte doch erwarten dürfen, daß wenigstens einige der Parteimitglieder sich die Frage vorgelegt hätten, ob einem Manne, der nunmehr ein Menschenalter lang für die Partei gekämpft hat, ob einem solchen Manne eine derartige Fehlleistung und Niedertracht zugezählt werden kann. Wenn ich es auch billige, daß ein Mißtrauen beobachtet wird, daß man sich auf die Behörden der Partei, die eine leitende Gewalt haben, beobachtet, und ich dieses Mißtrauen sogar für einen demokratischen Zug ansehe, so ist doch die Art, wie diesmal das Mißtrauen in der Partei zum Ausdruck gekommen ist, ein so hartes Stück, wie ich es noch nicht kennen gelernt habe.

Die Besprechung im Februar d. J. zwischen Generalkommission und Parteivorstand war durchaus unverbündlich, so unverbündlich, daß wir im Parteivorstand, als wir den Beschluß auf dieser Einladung gefaßt hatten, uns nicht einmal unter uns verbündet haben, was wir der Generalkommission in der Zusammenkunft sagen wollten. Wir haben es jedem einzelnen Vorstandsmitglied überlassen, welche Mitteilungen, Aufzeichnungen und Äußerungen er in dieser vertraulichen Besprechung machen wollte. Es war von vornherein nicht beabsichtigt, nach irgend einer Richtung hin bindende Beschlüsse zu fassen. Das finden Sie auch bestätigt in dem Protokoll der Generalkommission auf Seite 6, wo Legier wiederholt erklärt, daß die am Freitag abgehaltene Besprechung über die Stellung der Generalkommission zu der Frage des politischen Massenstreiks durchaus unverbündlich gewesen sei — eine Abmachung, die nach keiner Richtung hin, weder nach der einen, noch nach der anderen Seite, zu bestimmten Beschlüssen drängen sollte. Wir sind zu diesem Beschlusse gekommen, als sich gleichzeitig für uns die Notwendigkeit herausstellte, mit der Generalkommission über die obersteinsten Partei- und Gewerkschaftsverhältnisse in Sprache zu nehmen. Diese Verhandlungen nahmen einen Tag in Anspruch; am zweiten Tage haben wir die ganze Situation besprochen und unterfesselt erklärt, daß die Lage nach unserer Auffassung dezent sei, daß unter den derzeitigen Verhältnissen unter keinen Umständen ein Parteistreik zu denken sei, weil er unrettbar mit einer glänzenden Niederlage der Partei enden würde. Aus dem Protokoll soll auf Seite 7 und 8, wo das Referat des Genossen Silberbach steht, der Gedankengang hervorgehen, den ich in meiner Rede entwickelt habe. Nun habe ich die erste Rede in jener vertraulichen Besprechung gehalten, und die Rede hat nach meiner Auffassung sicherlich eine Stunde gedauert, nach der Aufstellung der Genossen im Parteivorstand war sie von noch längerer Dauer. Jedenfalls war es eine Rede, die mit dem Inhalt einer Druckseite nicht erschöpfend wiedergegeben werden konnte.

Also, wenn schon an sich der Rauminhalt in dem Silberbach'schen Referat zeigt, daß unmöglich der Inhalt meiner Rede auch nur annähernd wiedergegeben sein kann, so kommt hinzu, daß die verschiedenen Gedankengänge derart ineinander und aneinander geschoben worden sind, daß sie notwendigerweise zu einem durchaus falschen Bilde führen mußten. Ich habe in der Konferenz meine Anschauung, wie überhaupt ein Massenstreik zu inszenieren

ist, auseinandergelegt. Ich habe dabei ausführlich Veranlassung genommen, die ganze deutsche innere Situation, speziell die des Königreichs Preußen, einer Kritik zu unterziehen. Ich habe nachdrücklich darauf hingewiesen, daß darüber kein Zweifel besteht, daß ein Generalstreik in Deutschland, beziehungsweise in Preußen, etwas anderes bedeuten würde, als in irgend einem anderen Lande der Welt, daß die Gewerkschaften und die Organisation, die uns da gegenüberstehen — auf der einen Seite das preussische Königtum und Junkertum, auf der anderen Seite die stammorganisierten Industriearbeiter —, daß diese jedem Versuch eines Massenstreiks mit derartig brutalen Mitteln entgegenzutreten könnten, daß, wenn wir zu jenem Schritt wollten, wir weit besser organisiert sein müßten, als wir es jetzt und auf lange Zeit hinaus sein können. Es wäre die absolute Unmöglichkeit vorhanden, unter diesen Umständen daran zu denken, einen derartigen Massenstreik in Szene zu setzen, es stünde vielmehr zweifellos zu erwarten, daß der Massenstreik fehlschlagen würde und daß das Schmachtmagietum sofort die Gelegenheit ergreife, was es auszunutzen vermöge, um die Situation zu verschärfen. Dabei sei es ganz sicher zu erwarten, daß diese Ausnahmemaßnahme die nötige Verdrängung an den maßgebenden Stellen im Reichstag und in anderen Körperschaften finden würden.

Da haben wir uns gesagt, es wäre im höchsten Maße gewisslos, wenn wir in einer solchen Situation einen derartigen Schritt täten. Wir müßten protestieren gegen die Äußerung einiger Parteigenossen in der Presse, wir hätten den Massenstreik riskieren müssen, selbst in der sicheren Voraussetzung, dabei zu unterliegen. Freilich gibt es Momente im Leben der Völker, wo es heißt: „courage ou coute“ (sprich: fußt du fußt: es koste, was es wolle), wo der Kampf bis zum äußersten aufgenommen werden muß, selbst in der Voraussetzung einer sicheren Niederlage. Aber ich bestreite auf das entschiedenste, daß im gegenwärtigen Moment die Situation in Preußen so beschaffen wäre, daß ein derartiger Kampf aufgenommen werden dürfte. Eine solche Aktion wäre nichts als eine Kopflosigkeit und müßte mit einer fürchterlichen Niederlage enden. Ich glaube, daß gerade diejenigen, die den Vorstand jetzt heftig kritisieren, die ersten sein werden, um gegen uns vorzugehen. Die Faltung, die ein Teil der Parteipresse gegen den Parteivorstand bei dieser Gelegenheit eingenommen hat, muß mich zu diesem Urteil führen.

Es ist sehr begreiflich, daß die Gewerkschaftsführer, als ich diese Gesichtspunkte entwickelte, hierin nicht nur eine Bestätigung ihres Standpunktes erblickten, sondern mit innerer Genugung auch noch weitere Schritte zogen, als ich überhaupt gegen jeden Massenstreik in der Zukunft und gegen jede Massenstreikpropaganda. Daß diese psychologische Erklärung richtig ist, geht daraus hervor, daß unmittelbar auf der Konferenz selber derartige Anschauungen zu Tage traten, so daß ich genötigt war, auf das entschiedenste zu erklären, ich würde nach wie vor auf demselben Standpunkt, wie in Jena und hätte von meiner Jenaer Rede kein Wort zurückzunehmen. Es ist eine falsche Auffassung der Jenaer Resolution, als verlange sie, daß wir bei nächster Gelegenheit ohne weiteres in einen Massenstreik eintreten sollten.

(Die Möglichkeit des Massenstreiks.) Ein Blick auf die bisherige Massenstreikdebatte zeigt, daß ohne die Zustimmung der Gewerkschaftsführer und -Mitglieder an die Ausführbarkeit eines Massenstreiks nicht gedacht werden kann. Die bloße Tatsache, daß die Zahl der politisch organisierten Genossen nur 400 000 beträgt, muß jeden vernünftigen Mann davon überzeugen, daß die Arbeitsbeeinträchtigung dieser, selbst wenn man einen gewissen Anhang dazu rechnet, wirkungslos sein muß. Es ist geradezu undenkbar, einen Massenstreik durchzuführen, ohne daß in den Massen die Gesamtstimmung dazu vorhanden ist. Massenstreikstimmungen aber lassen sich nicht künstlich machen. Das haben wir gesehen, als Mitte August d. J. die Führer der russischen Sozialdemokratie mit Zweidrittelmehrheit den Massenstreik beschlossen. Dieser Massenstreik aber scheiterte, weil die große Mehrheit der Arbeiter und Arbeiterorganisationen erklärte, sie machten nicht mit. Das sollte eine bemerkenswerte Lehre für diejenigen sein, die da glauben, in jedem Augenblick sei ein Massenstreik zu machen. Dabei darf aber nicht verkannt werden, daß die Situation in Russland mit der in Deutschland nicht zu vergleichen ist. Russland ist ein ökonomisch und politisch sehr rückständiges Land. Russland wird despotisch regiert, die Bevölkerung hat nicht die geringsten politischen Rechte. Was sie sich erobert hat, ist dem Zar abgerungen, aber noch nicht gesetzlich sanktioniert. Der Kampf in Russland ist ein revolutionärer Kampf, bei dem es sich darum handelt, die elementarsten Grundbedingungen des staatlichen Lebens erst zu erobern.

Es ist natürlich, daß die Arbeiter, die diesen Kampf führen, dabei auch soziale Verbesserungen ihrer Lage herbeiführen: suchen. Selbstverständlich nimmt dieser Kampf Formen an, die wir bisher in keiner Revolution gekannt haben. Die Arbeiterklasse greift zu der Waffe des Massenstreiks, weil es in Russland die einzig mögliche Waffe für sie ist. In jedem revolutionären Kampfe werden immer neue Kampfmethoden angewandt, die der ökonomischen Struktur der Länder entsprechen. Aber auch in Russland, wo der Massenstreik naturgemäß eine große Rolle spielen muß, scheitert er, wenn die Massen in einer gegebenen Situation keine Stimmung dazu empfinden. Das hat die russische Sozialdemokratie erfahren. In Russland wird der Kampf um eine neue Staatsordnung geführt, bei uns aber findet seit einer Reihe von Jahren die Vorbereitung, um die in Russland noch kämpfen muß, bereits eintreffend. Deshalb ist die Situation in Deutschland nicht mit der in Russland zu vergleichen. Soviel wir an der Ordnung der Dinge auch auszuweichen haben, niemand wird doch behaupten, daß wir in unserem Kampfe in allen Fällen zu ähnlichen Methoden zu greifen hätten, wie unsere russischen

Genossen. Wir haben im Deutschen Reich das allgemeine Wahlrecht.

Ränge vor Russland sind Massenstreiks von den Arbeitern in Belgien, Holland, Schweden und Italien geführt worden. Diese sind aber in ihrem Wesen und in ihrem Ziel mit dem russischen Massenstreik nicht zu vergleichen. Dort handelt es sich um einen großen revolutionären Kampf um die primitivsten Existenzbedingungen, auf der anderen Seite aber nur um einen Kampf um ganz bestimmte Ziele — und bestimmt abgegrenzte Zwecke. 1893 hatte es sich in Belgien um die Erwerbung des allgemeinen Wahlrechts gehandelt. Der Massenstreik hatte ungewiss, ob das allgemeine Wahlrecht allerdings mit dem Wahlrecht gegeben wurde. Im Gegensatz zu früher haben die belgischen Genossen jetzt 80 Vertreter in der Kammer. Dagegen ist der zweite Massenstreik in Belgien im Anfang dieses Jahrhunderts gegen das Wahlrecht misslungen. Vielleicht deshalb, weil beim ersten Male die belgische Bourgeoisie überrumpelt wurde und sich mächtig ins Vordringen wagte, das zweite Mal aber nicht. Ganz ähnlich liegt es mit den Massenstreiks in Holland, Schweden und Italien. In Italien waren die Massenstreiks spontane Ereignisse, die aus dem Naturell des Volkes erklärlich waren. Die Frage liegt bei uns ähnlich wie in diesen Ländern. Es handelt sich bei uns nicht um die Umgestaltung des ganzen politischen Oberbaus der bürgerlichen Gesellschaft. Zudem ist bei uns der Massenstreik für die Erwerbung politischer Rechte im wesentlichen auf Norddeutschland beschränkt. Es ist doch selbstverständlich, daß wenn die Norddeutschen als letztes Mittel zur Erwerbung des Wahlrechts zum Massenstreik greifen, die Süddeutschen dabei natürlich nicht mitmachen. Sie können uns höchstens moralisch und materiell unterstützen. Eine Hoffnung etwa auf einen Sympathiestreik der Süddeutschen wäre auf Sand gebaut. Das müssen wir uns sagen, wenn wir die Situation kalt und nüchtern betrachten. Und gerade bei dieser Frage ist eine solche Betrachtungsweise vor allem angebracht.

Ob es in dem Falle eines Generalstreiks zum Vordringen kommen könnte, kann ich nicht sagen. Jedenfalls darf man nicht sagen, weil in Russland die Revolution mit dem Massenstreik eingeleitet hat, müssen wir daselbst tun. Welche Wirkungen von einer unzufriedenen Masse eventuell ausgehen werden, entzieht sich jeder Berechnung. Wir haben nie erklärt, daß wir eine Revolution machen; wir haben immer betont, daß Revolutionen von oben, von den herrschenden Klassen gemacht werden, die den Wünschen des Volkes nicht nachkommen. Daß aber, wenn das Volk der Unzufriedenheit im Volke den höchsten Grad erreicht hat, es zu explosiven Ausbrüchen kommen kann, ist niemals ausgeschlossen. Diejenigen, die da meinen, Deutschland sei infolge des Volksgarantes der Deutschen für alle Ewigkeit gegen derartige Revolutionen gesichert, die ihnen sich ganz gewaltig. Ebenjenseitig wie man sagen kann, es wird zur Revolution kommen, kann man sagen, es wird auf keinen Fall zu gewalttätigen Erruptionen in Deutschland kommen. Für uns kommen nur für die Anwendung des Massenstreiks bestimmte Voraussetzungen in Frage. In der Jenaer Resolution heißt es, daß es im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes Mittel anzuwenden, und als ein solches Mittel bezeichnen wir die Massenarbeitsbeeinträchtigung. Wenn ein Attentat auf das allgemeine Wahlrecht geplant ist, oder wenn den Arbeitern das Koalitionsrecht genommen werden soll, kann gar nicht mehr die Frage entstehen, ob wir wollen, sondern dann müssen wir. Rechte, die wir besitzen, lassen wir uns nicht nehmen. Dann wären wir erbärmliche, elende Kerle. Das ist der Punkt, wo es kein Geföhlen, kein Handeln und kein Reden mehr gibt. Dann haben wir alleamt ins Feuer zu gehen, und wenn wir auf der Strecke bleiben. Wenn die Gegner das versuchen, dann haben sie auch die Konsequenzen zu tragen. Dann sind wir als Männer und Frauen, die ihre Menschenrechte verteidigen, Rechte, ohne die kein Volk mehr existieren kann, gezwungen, alles aufzubieten, um ein solches Attentat zurückzuweisen. Sollte es, was es wolle. Ich habe die felsenfeste Überzeugung, daß dann weit über den Rahmen der deutschen Sozialdemokratie, weit über den Rahmen der Gewerkschaften hinaus die gesamte Arbeiterklasse, soweit sie politisch denkt und fühlt, soweit sie überhaupt eine Idee von dem ungeheuren Werte dieser Rechte besitzt, sich einmütig diesem Kampf anschließen wird. Ganz anders, wenn es sich um ein Recht handelt, das man erst erobern muß. Wir müssen uns klar machen, daß die Kraft für Erwerbung von Rechten, die in den Eingekerkerten wuchern, durch Gründung des Deutschen Reiches ganz bedeutend geschwächt ist. Ich glaube nicht, daß ein süddeutscher Genosse behaupten wollte, es sei ausschließlich ihnen zu danken, daß sie das allgemeine Wahlrecht besitzen. Nein, das ist die Folge der historischen Entwicklung, der ganz eigentümlich anders gearteten ökonomischen und politischen Verhältnisse in den süddeutschen Staaten, insbesondere der grundverschiedenen Stellung der verschiedenen bürgerlichen Parteien untereinander. In keinem dieser Staaten hat man das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht den Sozialdemokraten gegeben, sondern die Mehrheitsparteien glaubten dadurch die Herrschaft erlangen zu können. Daß die Sozialdemokratie dadurch gewann, war eine sehr unangenehme Beigabe. Gätten sie das vermeiden können, dann hätten sie es getan. Man hat auch nach anderer Richtung hin ganz merkwürdige Eskurte in der Partei gemacht; man hat die Dinge vollständig auf den Kopf gestellt, als wenn die Agitation alles das allgemeine Reichstagswahlrecht herbeigeführt hätte. Zu einer Zeit, wo das Wahlrecht mit seiner Förderung noch gar nicht aufgetreten war, bestand in den konservativen Kreisen Preußens, besonders in den Freisen, die sich damals um Wagner gruppierten, die Idee, auf Grund der Erfahrungen, die die Konservativen in der Konstitution mit dem Dreiklassenwahlrecht gemacht hatten, das allgemeine Wahlrecht für Preußen zu gewähren, in der Hoffnung, daß es dadurch möglich wäre, die oppositionelle Dreiklassenmajorität zu stützen. Das ist historische Wahrheit, und von diesem Gedankenankang ist auch Bismarck beeinflusst gewesen. Es gab bei Bismarck gar keine andere Möglich-

keit, als die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. So sehr ich bereit bin, unseren Einfluß auf die öffentlichen Dinge nach jeder Richtung hin zur Geltung zu bringen; so mühte ich doch auf der anderen Seite sehr nachdrücklich gegen eine derartige Gesichtsstellung nicht zu wenden, als wären wir damals schon über weiß wie mächtig gewesen.

Nun ist zweifellos durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, durch die soziale Gesetzgebung lange Jahre das Interesse der Arbeiter für den Reichstag in Anspruch genommen worden, während sie für den Landtag kein Interesse hatten. Sagte doch Bismarck noch vor acht Jahren: „Ach, was geht uns der preussische Landtag an. Den lassen wir verkaufen.“ Ich selbst habe in Köln eine donnernde Philippika gegen die Beteiligung an den Landtagswahlen gehalten. 68 Jahre haben wir uns nicht um den Landtag gekümmert. Es wäre eine psychologische Ungeheuerlichkeit, wenn wir bei der langen Tradition, die uns am Weine hängt, plötzlich in den Massen große Begeisterung für den Massenstreik gegen das Dreiklassenwahlrecht verlangen wollten. Wenn sich auch die Gegner darüber freuen, so muß ich doch sagen, es ist gegenwärtig noch nicht der Moment gekommen, daß wir in den Massenstreik für das allgemeine Wahlrecht in Preußen einzutreten vermöchten.

Es denkt niemand von uns (vom Parteivorstand) daran, die Jenaer Beschlüsse aufzugeben oder irgendwem zu bemängeln. Nicht ein Wort der Jenaer Resolution entspricht der Auffassung, die die Gegner der Taktik des Parteivorstandes geäußert haben. Ebenjenseitig nehme ich ein Wort meiner damaligen Rede zurück. Ich möchte hier nur eine charakteristische Stelle hervorheben. Nachdem ich die verschiedenen Massenstreiks in den verschiedenen Ländern besprochen habe, komme ich auf Deutschland, und da sage ich: Wir Deutsche tun nicht so leicht einen Schritt, den wir uns nicht genau überlegt haben, was uns ja den Vorwurf zugezogen hat, wir wären wie der österreichische Landsturm, der immer hinten nachhinkt. Wir sind der Meinung: Ehe wir uns in so große Kämpfe einlassen, müssen wir erst gründlich organisieren, agitieren, politische und wirtschaftliche Aufklärung schaffen, die Masse selbst bevest und widerstandsfähig machen, sie begeistern für den Moment, wo wir sie sagen müssen: Du hast Dein alles eingegeben, weil eine Lebensfrage für Dich als Mensch, als Familienvater, als Staatsbürger auf dem Spiele steht.

Wenn ich auch mit großer Begeisterung für den Massenstreik eingetreten bin, so kann man doch aus keinem Wort herausnehmen, daß ich bereits im nächsten Jahre für einen Massenstreik eingetreten sei. Gerade weil es sich für uns nach der ganzen Gestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland um ganz bestimmte Rechte handelt, für die der Massenstreik in Betracht kommen muß, und weil wir im eigenen Interesse den Wunsch haben müssen, eine solche Demonstration vollständig in der Hand zu haben, verlangen wir, daß in viel höherem Maße jetzt agitiert und aufgestellt wird, damit wir im gegebenen Moment unsere disziplinierten Massen, die die undisziplinierten fortstreifen sollen, in der Hand haben, so daß keine Dummheit gemacht wird. Ich erkläre Ihnen im Namen des gesamten Parteivorstandes und der Kontrollkommission, die wir darüber beraten haben, wir stehen auf dem Boden, daß zwar der Massenstreik notwendig ist, aber wir lassen uns nicht in einen Massenstreik hineinziehen, einerlei von welcher Seite das geschieht. Wir betrachten den Massenstreik als die letzte Waffe unserer Partei, aber als ein Kampfmittel, das wir mit aller Kraft und Disziplin und Selbstbeherrschung anwenden müssen, um ihn so zu gestalten, wie wir es im Interesse der Partei und des Volkes für notwendig halten. Das können wir im Augenblick mit unserer Organisation noch gar nicht riskieren. Darüber ist jeder Optimismus falsch. Wir haben nach jeder Richtung hin unsere Tätigkeit entfaltet, so daß gerade die Anregung in Jena bereits in der kurzen Frist von einem Jahre sehr schöne Erfolge gebracht hat. Aber die Agitation muß noch ganz anders geführt werden, und wenn das geschehen ist, wollen wir einmal sehen, was wir weiter tun müssen.

Amendement und Korreferat Regiens.

Regien beantragt, dem 1. Absatz der Bebel'schen Resolution folgende Fassung zu geben: Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagbeschluss zum politischen Massenstreik, mit dem die Resolution des Kölner Gewerkschafts-Kongresses nicht in Widerspruch steht.

Korreferat.

(Zum Protokoll der Gewerkschaftsvorstände-Konferenz.) Als die Indiskretion der „Einigkeit“ erschien, hatte die Generalkommission gerade Sitzung. Wir sagten uns, es ist überflüssig, mit dem Parteivorstand zu verhandeln, denn das, was die „Einigkeit“ veröffentlicht hat, widerspricht ja nicht dem Jenaer Beschluss; insbesondere auch nicht der Ausführungen von Bebel. Wir dachten uns, der Vorstand wird erklären: Selbstverständlich haben die Verhandlungen stattgefunden. Und das, was da gesagt ist, deckt sich vollständig mit der Auffassung, die in Jena zu Tage getreten und gegenwärtig in der Partei vorhanden ist. Ganz im Gegensatz zu unserer Auffassung aber kommt mit einem Male die Erklärung von Bebel, daß das im Protokoll niedergelegte Referat von Silberbach voll der Mißverständnisse ist und daß namentlich die sechs Thesen, die Silberbach dem Sinne nach wiedergegeben hat, fast entirely falsch sind. Es handelt sich aber nicht um Meinungsäußerungen von Silberbach. Die von ihm niedergelegten Thesen waren nicht Thesen von ihm oder Bebel, sondern es waren Thesen, die als richtig anerkannt worden sind von den Vertretern, die an der Sitzung vom 16. Februar teilgenommen haben. Die einmündige Rede gab Silberbach und nicht Bebel Veranlassung, die wichtigsten Punkte kurz zu klären. Wir sollten die Vereinbarung der Konferenz der Zentralvorstände vorlegen. Silberbach hat infolgedessen die Sache fixiert. Es ist falsch, uns hat infolgedessen die Sache fixiert. Es ist falsch, daß uns von dem Parteivorstand oder von Bebel irgendwie

bestimmte Sätze oder Thesen vorgelegt sind. Die Sätze sind einfach von Silberstein niedergeschrieben. Sie sind nach der Rede von Bebel verlesen, von Bebel und anderen kritisiert, sie sind abgeändert worden, wurden wieder verlesen, und dann ist gesagt: Schön. Nun wollen wir in den beiderseitigen Körperlichkeiten weiter über diese Sätze verhandeln. Wenn es so ist, Genosse Bebel, wie können Sie da öffentlich erklären, daß die Sätze fast entstellend wiedergegeben worden seien? Nein, das sind die Sätze, denen Sie am 16. Februar zugestimmt haben! (Bebel ruft wiederholt: Das ist nicht wahr!) Dann bitte ich Sie, uns zu beweisen, daß Sie uns etwas vorgelegt haben. Umbreit als Teilnehmer hatte bei Beginn der Sitzung den Antrag gestellt, einen Protokollführer zu bestellen. Es wurde von Pfannkuch oder von Bebel erklärt: das ist nicht nötig. Und uns ist nichts Schriftliches von Bebel vorgelegt worden. Beweisen Sie doch, daß die Dinge sich anders abgespielt haben! Bebel hätte es sich sehr überlegen müssen, bevor er die Erklärung abgab, daß die Sätze fast entstellend sind. Gewiß, die Wiedergabe eines Referats kann voller Mißverständnisse sein. Darüber streiten wir uns nicht. Wir streiten uns nicht darüber, ob Silberstein das wiedergegeben hat, was Bebel in seiner Rede gesagt hat. Wir hatten die Empfindung, als ob er das tatsächlich wiedergegeben hat. Aber das ist nicht das Entscheidende. Entscheidend ist, daß man uns den Vorwurf gemacht hat, daß die Thesen entstellend sind. War sich Bebel denn nicht bewußt, was er damit den Vertretern der Generalkommission sagte? Entweder ihr seid Schatzkassen- oder Gauner. Schatzkassen wären wir dann gewesen, wenn wir das nicht verstanden hätten, und Gauner, wenn wir zugelassen hätten, daß Silberstein etwas anderes, als in der Konferenz vorgekommen, berichtet hätte. Bebel sagt, das Protokoll gibt die Verhandlungen nicht richtig wieder. Silberstein soll sich in Widersprüchen ergangen haben. Ich finde keinen Widerspruch, denn in dem einen Falle handelte es sich um theoretische Auseinandersetzungen über den politischen Massenstreik, in dem anderen Falle um Beratungen über die praktische Durchführung. Bebel behauptet weiter, es sei bei den Beratungen im Parteivorstand nicht auf die Stimmung hingewirkt worden, die sich in Hamburg, Sachsen und Preußen, besonders in Berlin, geltend machte. In der Rede von Bebel ist das allerdings nicht gesagt, aber zu Anfang der Sitzung meinte Pfannkuch: Wir halten uns für verpflichtet, mit der Generalkommission eine Beratung zu pflegen. Die Stimmung in Hamburg, Sachsen, Preußen und besonders in Berlin, wo gedrängt wird, veranlassen uns dazu. Silberstein hat also durchaus nicht falsch berichtet.

Politik, Form und Art des Massenstreiks. Wenn je der Beweis dafür geliefert ist, daß es unpraktisch ist, für eine rings von Feinden umgebene, vordrängende Partei die Kampfmittel von vornherein zu bestimmen, in einem gegebenen Moment angewandt werden sollen, dann ist der Beweis dafür durch die Generalkommission geliefert, die wir seit Jena erlebt haben. Bebel hat dort den politischen Massenstreik empfohlen. Mit Begünstigung ist seine Forderung akzeptiert worden, und was haben wir heute? Keineswegs die Hälfte der Rede von Bebel war gerichtet auf die Abwehr der gegen ihn und den Parteivorstand erhobenen Angriffe. Das ist die Folge dessen, daß man sich auf ein Kampfmittel festlegte, ohne die Ueberzeugung zu haben, daß es sich in allerhöchster Zeit wird durchführen lassen. Vielleicht sieht Bebel heute ein, daß mein Antrag in Jena auf Streichung dieses Satzes durchaus begründet war. Ich erklärte damals, daß dieser Satz ein Zugeständnis an den Anarchosozialismus sei. Wie recht ich hatte, dürfte Bebel wohl jetzt eingesehen haben. Die Anarchosozialisten haben tatsächlich den Jenseitigen Beschluß als ein Zugeständnis, als eine Abschlagzahlung angesehen auf den von ihnen propagierten Massenstreik. Wie sie sahen, daß sich ihre Hoffnungen nicht erfüllten, richteten sie ihren Angriff nicht etwa gegen die Generalkommission, denn sie hatten die Kommission schon vorher als eine nichtsnutzige Institution, und die Führer als jämmerliche feige Kerle bezeichnet, sondern gegen den Parteivorstand, namentlich gegen Bebel. Nun kann man allerdings sagen: Diese Leute (die Anarchosozialisten) sehen außerhalb der Partei. Aber auch aus Äußerungen unserer Parteipresse kann man die Auffassung gewinnen, als stände man in kurzer Zeit vor der Durchführung eines politischen Massenstreiks, als sei es besonders notwendig, zu diesem Mittel zu greifen, um das allgemeine Wahlrecht in Preußen zu erringen. Auch diese Behauptungen haben sich in ihren Hoffnungen getäuscht, weil sie ihre Erwartungen zu hoch gespannt hatten. Wenn man die Jenseitige Resolution objektiv und ruhig durchliest, so hat man eigentlich die Empfindung, daß der Satz vom politischen Massenstreik da hinein gestellt ist. Entgegen aller Tradition hat man hier ein Kampfmittel von vornherein festgelegt. Bisher pflegten wir dem Gegner nicht zu verraten, was wir im gegebenen Moment tun würden. Dies Abweichen von der alten Tradition hat eine ganze Reihe von Genossen sehr unangenehm berührt. Dazu kam, daß wir mehr als zwei Jahrzehnte in Deutschland zu der Auffassung ergangen sind, die hier so formuliert hat: „Generalkommission ist Generalunfuss.“ Da sollen wir mit einem Male unsere Meinung ändern? Sollen wir all das, was wir Jahrzehnte lang für richtig gehalten haben, was uns von unseren ersten Führern gepredigt ist, mit einem Male von den Häuten werfen? Nicht jeder kann seine Meinung von einem Tag auf den anderen ändern. Das mag man anderen zumuten, uns nicht. Man hat ja auch zehn Jahre hindurch in der Partei geschrien, daß Revolutionen im alten Sinne nicht mehr gültig sind. Man hat immer gesagt: Auf dem Boden der Geschichtlichkeit gehen wir am besten. Man hat immer und immer wieder gesagt: Wir können keinen gewalttätigen Widerstand leisten.

Als wir dann bei den Wahlen von 1903 die meisten Stimmen aufbrachten und die zweitgrößte Fraktion des Reichstages wurden, da gab die Tatsache, daß wir trotzdem äußerlich einen sehr geringen Einfluß haben, einem Teile unserer Genossen Anlaß, zu erklären, so geht es nicht weiter, es müssen andere Seiten aufgegriffen werden. Dazu kamen die Vorgänge der russischen Revolution und all das

erklärt, daß man nach neuen Kampfmitteln suchte. Es ist auf die Erfolge des Massenstreiks in verschiedenen Ländern hingewiesen worden. In Italien hatte der Massenstreik seinen Erfolg, in Holland war er verfehlt. Die Folge davon waren Streikgeleise. Und einen Streik, wie wir ihn in Schweden gehabt haben, können wir in Deutschland alle Tage herbeiführen. Die Zustände in Österreich vollends sind mit denen in Deutschland gar nicht zu vergleichen. Dort herrscht der Nationalitätenhaß; die Regierung selbst will dort das Wahlrecht ändern, und man könnte fast sagen, die österreichische Sozialdemokratie handelt mit dem Willen der Regierung. Man erblickt in Österreich in der Arbeiterschaft heute geradezu den Retter des Staates. Die Arbeiter stehen nicht so im Gegensatz zur Regierung und den herrschenden Klassen wie in Preußen. Trotzdem würde ihnen, wenn sie unsere österreichischen Vertreter fragen würden, was eingetreten wäre, wenn es zum politischen Massenstreik gekommen wäre, genau dieselbe Antwort zu Teil wie mir: „Blutvergießen!“ Wenn man damit schon dort rechnet, wo man das Recht auf die Straße besitzt, das wir uns erst erkämpfen müssen, wie will man dann Vergleiche ziehen zwischen den Vorgängen in diesen Ländern und bei uns? Und wenn man nun gar mit Rußland kommt und sagt, daß dort zum ersten Male der politische Massenstreik als revolutionäres Kampfmittel angewandt ist, so stimmt das nicht. Die ersten Kämpfe in Rußland waren genau solche Lohnkämpfe, wie wir sie in Deutschland mit wechselnden Erfolgen führen. Es wurden Forderungen auf Verbesserung der Lage der Arbeiter gestellt. Um diese Forderungen ist gekämpft worden. Später waren es nicht mehr einfache Arbeitseinstellungen zur Erreichung bestimmter Forderungen, sondern revolutionäre Ausbrüche. Da setzte das russische Volk für seine Freiheit alles aufs Spiel. Wie kann man da sagen, daß sich das, was sich dort vollzogen hat, in gleicher Weise in Deutschland vollziehen kann. Ich stimme mit Bebel vollkommen überein: derjenige irrt sich, der da meint, daß es in Deutschland oder Preußen zu einer revolutionären Periode wie in Rußland nicht kommen kann. Ich bin überzeugt, wir kommen in eine solche Periode hinein. Es wird die Stunde schlagen, wo wir alles einsetzen müssen, um die alten Rechte zu erhalten oder neue Rechte zu erwerben. Aber man soll nicht sagen: wenn die Stunde kommt, dann muß das und das geschehen; kommt die Stunde, dann ist die Entscheidung schnell getroffen, dann werden die Massen, wenn konservative Leute an der Spitze stehen, einfach über die Köpfe der Führer hinweg entscheiden. Dann gibt es kein Beschließen über den politischen Massenstreik mehr, dann ist der politische Massenstreik da. Glauben Sie, daß dann unsere politische und gewerkschaftlich gescheiterten Arbeitermassen in der Fabrik stehen bleiben werden?

Neuerdings finden wir, daß sich die Stimmen mehren, die den politischen Massenstreik gewissermaßen als Anfang der Revolution betrachten. Bebel sagte freilich heute, ob diese Auffassung richtig sei oder nicht, wolle er dahingestellt sein lassen, es sei jedenfalls ungeschickt, solche Auffassungen auszusprechen. Für noch viel ungeschickter halte ich es aber, wenn man dem Gegner sagt, welches Kampfmittel man zu gegebener Zeit anwenden will. Wenn man es für ungeschickt hält, eine solche Meinung auszusprechen, dann soll man diese Frage nicht erst zur Diskussion stellen, denn Einmütigkeit herrscht doch über die Frage, ob der Massenstreik anwendbar ist oder nicht, keinesfalls.

Wenn man nun den Massenstreik, von dem Standpunkt betrachtet, daß er durchzuführen ist ohne blutigen Kampf, so kann man von zwei Voraussetzungen ausgehen: entweder man sucht durch den politischen Massenstreik das ganze Getriebe des Staates lahmzulegen und dadurch die herrschenden Klassen zu zwingen, den Anforderungen des Proletariats nachzugeben, oder man betrachtet einen solchen politischen Massenstreik als Demonstration nach außen, um zu zeigen, welche Massen heute für die Forderungen des Proletariats eintreten. Daß wir das erstere wenigstens in der gegebenen Situation nicht können, darüber sind wir wohl klar. Um das Getriebe des Staates lahmzulegen, bedürfen wir in erster Linie der Organisation der Transportarbeiter, und diese, insbesondere die Eisenbahner, fehlen uns in der Organisation vollständig. Glaubt man denn wirklich — daran möchte ich besonders erinnern —, daß nachdem wir uns Jahrzehnte vergeblich bemüht haben, die Eisenbahner zu organisieren, nachdem wir ihnen Jahrzehnte vor Augen geführt haben, wie durch die Organisation ihre wirtschaftlichen Interessen gefördert werden, glaubt man wirklich, daß sich nun diese Leute durch die Idee des politischen Massenstreiks für unsere Bewegung gewinnen lassen? Ich glaube es nicht. Es fehlen uns also die Arbeitermassen, die in der Lage wären, das ganze Getriebe des Staates lahmzulegen. Andererseits soll als Demonstration der politische Massenstreik nicht benutzt werden, das hat ja besonders Bebel erklärt, indem er sagte: „Wir dürfen unter keinen Umständen auf die Straße gehen, wir dürfen uns nicht zeigen.“ Das war ja ein besonderer Teil seiner Rede in Jena. Dort sagte er: „Nun, in Wirklichkeit hat der Vergewaltiger nicht die geringste Handhabe zum Einschreiten geboten.“ Die Vergewaltiger haben einen großen Streik geführt, der bedeutender war als die sogenannten Massenstreiks in allen anderen Ländern: je gewesen sind, und zwar in bewundernswürdiger Ruhe. Keine Esse dampfte. Die Dörfer lagen so friedlich da, als wohnt kein Mensch darin. Wenn das möglich ist bei einer Arbeiterschaft, die politisch und kulturell rückständiger ist als manche andere, da muß man doch fragen: Was müssen wir da nicht leisten können bei weit größeren Mitteln und einer weit mehr entwickelten Organisation und Disziplin.

Also Bebel bringt hier klipp und klar zum Ausdruck: Demonstration soll der Massenstreik nicht wirken, es soll sich niemand auf der Straße zeigen. Ja, was soll uns dann aber dieses Kampfmittel des politischen Massenstreiks? Was wollen wir dann damit erreichen? Können wir ihn nicht durchführen, um das Getriebe des Staates lahm zu legen, und wollen wir ihn nicht benutzen als Demonstration, was nützt er uns dann noch? Wie liegen denn die Dinge heute? Ich kann wohl ohne weiteres sagen: in der Metall-

und Holzindustrie, in dem ganzen Baugewerbe und auch in einem Teile der Bekleidungsindustrie würde eine Massenarbeitseinstellung durchgeführt werden können. Bei der Nahrungsmittelindustrie würde die Sache schon schwieriger stehen, da mangelt es an der ausreichenden Organisation. Ja aber, Parteigenossen, was wäre denn nun erreicht, wenn wirklich die genannten Gewerbe der Parole folgen und die Arbeit einstellen würden? Glauben Sie denn, daß sich durch einen solchen Streik das Unternehmertum oder die Regierung zu bestimmten Zugeständnissen zwingen lassen würde? In einer solchen Situation handelt es sich doch für unser Unternehmertum und für die herrschenden Klassen um Sein oder Nichtsein. Da wird ein Kampf geführt, um die Existenz und um die Vorrechte dieser Klasse. Glauben Sie denn, daß diese Klasse in einer solchen Situation nicht in Frage oder vier Wochen lang die Betriebe der Metallindustrie, Holzindustrie und des Baugewerbes ruhen lassen würde? Das tun sie doch heute schon! Schon heute sperren sie die Arbeiter wochenlang aus, um ganz andere, minderwertige Wege zu erreichen. Und was werden sie erst tun, wenn es sich darum handelt, die Vorrechte, die sie besitzen, zu verteidigen? Wachen Sie sich doch die Situation einmal klar! Anders liegt es, wenn wir den politischen Massenstreik als Demonstration benutzen wollen und wenn dann diese Hunderttausende, vielleicht mehr als eine Million Arbeiter der genannten Gewerbe zusammenkommen und nach außen hin zeigen: hier stehen wir und können nicht anders; diese Forderungen stellen wir.

Sie bewegen sich (mit der Massenstreiksdiskussion) auf einer vollständig irrigen Bahn, wenn Sie sich einerseits bewußt sind: wir können als Pressionsmittel den politischen Massenstreik nicht anwenden, und andererseits sagen, als Demonstrationsmittel wollen wir ihn nicht anwenden, weil wir da Gefahr laufen, mit den Staatsgewalten in Konflikt zu kommen. Als letztes Mittel mag uns die allgemeine Arbeitseinstellung dienen. Aber man soll von der Auffassung abgehen, daß man einen solchen Streik als Demonstration durchführen könnte, ohne auf die Straße zu gehen. In einem solchen Falle muß man sich eventuell das Recht auf der Straße erkämpfen. Da müssen wir Leben und Blut eventuell preisgeben. Dann handelt es sich nur darum, zu prüfen: Ist das Objekt die Opfer wert, die wir zu bringen genötigt sind? Ist es das Blut und Leben der Arbeitermassen wert? Das ist die einzige Frage. Kommen wir zu einer Entscheidung, dann können wir nicht sagen: setzt Euch in Eure Dachkammer, bleibt zu Hause und wartet ruhig ab, bis die Regierung beilliegt, was Ihr fordert. So gehen die Dinge nicht.

(Eln. und Jena.) Die Diskussion über den politischen Massenstreik halte ich in gewissen Beziehungen für gefährlich; nicht für gefährlich etwa nach der Richtung hin, daß ich fürchte, wir könnten durch die Diskussion über den politischen Massenstreik in nächster Zeit gegen unseren Willen zu einem solchen Massenstreik gedrängt werden. Wir glauben doch, daß das Verantwortungsgefühl der obersten Instanzen groß genug ist, um im letzten Augenblick zu erklären: Nein, von dem Mittel kann nicht geoffen werden, und daß die Disziplin der Massen groß genug ist, um den Befehlen der leitenden Stelle zu folgen. — Aber nach einer anderen Richtung sehe ich eine Gefahr, wenn wir dieses Kampfmittel propagieren, darüber diskutieren. Es kann leicht dahin kommen, daß die Massen glauben, es können mit diesem Kampfmittel in absehbarer Zeit bestimmte Forderungen durchgebracht werden, und wenn dann in kritischen Situationen, wie sie bei uns am 21. Januar gegeben waren, von oben, von der leitenden Stelle erklärt wird: wir können dieses Kampfmittel nicht anwenden; dann tritt Enttäufung bei den Massen ein und es wird schwer sein, sie wieder für unsere Kampforganisation zu gewinnen. Von diesen Gesichtspunkten ging der Eln. Gewerkschafts Kongreß bei seinem Beschluß über den Massenstreik aus. Es ist nun gefragt worden, hatte der Gewerkschafts Kongreß überhaupt Ursache zur Verurteilung des politischen Massenstreiks? Es ist ihm vielfach vorgeworfen worden, daß er vor der Parteileitung diese Frage verhandelt und entschieden hat. Gerade dieser Umstand hat viele Genossen veranlaßt, sich gegen den Eln. Beschluß zu wenden, ohne ihn in seinen Einzelheiten zu prüfen. Demgegenüber behaupte ich, daß das Recht zur Verurteilung des politischen Massenstreiks unbedingt dem Gewerkschafts Kongreß zustand. Sie dürfen nicht vergessen: Kommt es zur Anwendung dieses Kampfmittels, dann sind die Gewerkschaften die ausführenden Organe. Und sie sind es, die auch den größten Teil der Führer zu stellen haben werden. Denn es wird sich ganz selbstverständlich bei diesem Kampfmittel der Zusammenhalt nach Berufs als das allerbeste erweisen.

Weiter kommt in Betracht, daß die Erörterung des politischen Massenstreiks bei uns in Deutschland zuerst von den Sozialisten ausgegangen ist, und gerade deshalb hatte der Kongreß nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, sich mit dieser Frage zu befassen. Denn wir haben die Erfahrung gemacht in anderen Ländern gemacht und machen sie jetzt auch in Deutschland, wohn es führt, wenn in Gewerkschaftstreiken der Generalstreikgedanke Wurzel greift. Bei der Confédération générale, bei den Arbeiterarmeen in Italien, bei dem nationalen Arbeitersekretariat in Holland ist, wie bei den Sozialisten in Deutschland, der politische Massenstreik als Kampfmittel anerkannt, und Sie werden mir zugeben: gewerkschaftlich haben diese Organisationen gar nichts geleistet, haben sie keine Bedeutung, und zwar gerade aus dem Grunde, weil man dort glaubt, im politischen Massenstreik das Kampfmittel gefunden zu haben. Nach diesen Erfahrungen war es die verdammt Pflicht und Schuldigkeit des deutschen Gewerkschafts Kongresses, die Arbeiter zu warnen vor der Idee des Massenstreiks. Die Partei sollte uns dankbar sein, daß wir es auf unserm Kongreß verhandelt haben, daß sich bei uns der antiparlamentarische Standpunkt unter den Arbeitern nicht ausbreitet, wie bei den Sozialisten und in Italien, Holland und Frankreich. Die Partei sollte uns dankbar sein, daß wir

die Gewerkschaftsangelegenheiten warnen, der Idee des anarchistischen Generalstreiks zuliebe die notwendige Kleinarbeit hintanzusetzen. Zur Entschuldigenden derjenigen, die sich gegen den Beschluß des Gewerkschaftskongresses gewandt haben, kann ich nur annehmen, daß sie entweder den ökonomischen Beschluß nicht verstehen konnten, oder daß sie nicht begriffen haben, was er in erster Linie bezweckt. Wenn die Parteipresse, anstatt die Führer der Gewerkschaften und den Kongress in einer Weise anzuklagen, wie es geschehen ist, lieber die Gründe, die den Gewerkschaftskongress zu seiner Stellungnahme geführt haben, geprüft hätte, dann hätten wir die heutigen Auseinandersetzungen, die ich am allermeisten vermeiden gesehen hätte, erspart. Denn was kam denn bei dieser Diskussion des politischen Massenstreiks heraus, zu der Sie uns gezwungen haben? Was heißt denn distanzieren? Distanzieren heißt, sich darüber auseinanderzusetzen, ob ein in Vorschlag gebrachtes Kampfmittel anwendbar ist oder nicht. Bei einer solchen Diskussion müssen wir dann selbstverständlich auch dazu kommen, unsere Schwächen darzulegen. Das habe ich wohl heute auch getan. Ich habe vor aller Welt gezeigt, wie schwach wir eigentlich sind, wie schwach es mit unserer Organisation noch bestellt ist, wie wenig wir in der gegenwärtigen Situation in der Lage sind, dieses Kampfmittel anzuwenden. Ist das der Partei dienlich? Nein, die Diskussion über den politischen Massenstreik, die uns so sehr empfohlen wird, hat sehr viele Seiten. Reiter haben sich die Dinge ja nun so gestaltet, daß jetzt in dieser Diskussion an der ganzen Sache nichts mehr zu verhandeln ist. Die Gegner wissen jetzt ohnehin unsere Schwäche ganz genau einzuschätzen und wissen, daß sie uns in der gegenwärtigen Situation nicht zu fürchten brauchen. Das ist der Erfolg, den diejenigen, die die Diskussion empfohlen haben, herbeigeführt haben. Aus diesem Grunde hatte ich in Jena beantragt, den betreffenden Satz zu streichen. Er hätte ganz gut herausfallen können, ohne irgend etwas an unserer Stellung zu ändern, und es wäre diese Streichung sehr erwünscht gewesen, weil sich dann die Kölner und Jenaer Resolution vollständig gedeutet hätten.

Ich bin genötigt, Ihnen wenigstens einige Sätze der beiden Resolutionen zu zitieren, um die Richtigkeit dieser meiner Behauptung zu beweisen, die ich aufstelle, um Sie zu veranlassen, den von mir gemachten Vorschlag auf Anwendung der Resolution Bebel zu akzeptieren. Es heißt in der Kölner Resolution: „Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongress erachtet es als eine unabwendbare Pflicht der Gewerkschaften, daß sie die Verbesserung aller Gesehe, auf denen ihre Existenz beruht, und ohne die sie nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, nach besten Kräften fördern und alle Versuche, die bestehenden Volksrechte zu beschneiden, mit aller Entschiedenheit bekämpfen.“ Damit deckt sich ein Teil der Jenaer Resolution. Da heißt es: „Demgemäß erklärt der Parteitag, daß es namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignete erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden.“ Diese beiden Sätze lassen die Frage, was im entscheidenden Moment zu geschehen hat, offen. In beiden herrscht der Gedanke vor: „Kommt es zu der entscheidenden Stunde, dann werden wir jedenfalls das Kampfmittel des politischen Massenstreiks anwenden.“ Nun kommt aber der Satz, von dem ich erst sagte, daß entgegen aller Tradition der Partei in die Resolution aufgenommen worden ist. Wäre er nicht hineingekommen, so gäbe es gar keine Meinungsverschiedenheit zwischen den Vertretern der Partei und der Gewerkschaften. Denn es kommt ja nicht allein auf den Wortlaut der Resolution an, sondern auch auf ihre Begründung. Und nun hören Sie einmal, was Bismarck als Referent über diese Frage ausgeführt hat. Er sagte: „Einer Erweiterung der Frage des politischen Massenstreiks zur Erweiterung oder Schmälerung der Volksrechte braucht man nicht aus dem Wege zu gehen. Aber ich würde es für einen entscheidenden Fehler halten, wollte man den politischen Massenstreik als ein neues Kampfmittel gegen die Reaktion im Voraus bestimmen. Die Taktik im Kampfe gegen Unternehmertum und Reaktion kann man nicht ganz beliebig im Voraus bestimmen, sondern sie hat sich nach den Verhältnissen zu richten.“ Ich habe in meiner Resolution ausgesprochen, daß die Gewerkschaften die Pflicht haben, jeden Versuch der Reaktion, die Volksrechte zu beschneiden, mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen; aber welche Mittel zu diesem Kampfe angewandt werden sollen, das können wir ruhig der Zukunft überlassen. Es wäre ein Fehler, wollten wir irgendwelche Grundzüge für Kämpfe der Zukunft festlegen; denn einmal kann man die Taktik nicht im Voraus bestimmen und zweitens ist der politische Massenstreik ein Kampfmittel, bei dessen Anwendung man sehr vorsichtig sein soll.“ An einer anderen Stelle heißt es: „Trotzdem haben wir heute keine Ursache, so sagen, solche Mittel sollen nicht angewandt werden. In solchen Fragen entscheidet man von Fall zu Fall.“ Und an einer weiteren Stelle: „Die Arbeiter wissen, was sie für Menschenrechte haben, und keine Reaktion ist mehr im Stande, diesen Gedanken aus der Bevölkerung herauszubringen.“ Wenn man uns auf diese Weise niedertreten wollte, dann würden wir andere Mittel finden, um den Kampf erfolgreicher gegen die Reaktion zu führen. Wenn wir dafür sorgen, daß die Arbeiterorganisationen stärker und fester, daß die Arbeiter zu Massenbewegungen Kampfern erzogen werden, dann können wir ruhigen Mutes der Zukunft entgegengehen; wir werden dann, wenn es einmal zu Kämpfen gilt, am Platze sein, die Arbeiterklasse — das wird keiner verhindern können — sie wird siegen, sie wird das Ziel erreichen, das sie sich gesteckt hat.“

In diesen Ausführungen liegt nicht eine Spur von pessimistischem oder Misstrauen auf die eigene Kraft. So reden die Gewerkschaftsführer, von denen sich Parteigenossen erlaubt haben, als von vernünftigen Leuten zu sprechen. Das sind Worte, die sich diejenigen, die solche Angriffe gegen die

Gewerkschaftsführer gerichtet haben, hinter die Ohren schreiben sollen. Dann sagte Bismarck im Schlußwort: „Daher, daß der Kongress sich ein für allemal gegen den politischen Massenstreik erklärt, steht nichts in der Resolution. Es ist nur gesagt, daß wir uns nicht auf eine bestimmte Taktik festlegen wollen. Die Frage, ob man eventuell von dem politischen Massenstreik Gebrauch machen will, läßt die Resolution offen. Sie steht also nicht im Widerspruch zu der Amsterdamer Resolution.“ Diese Ausführungen zeigen klipp und klar, daß der Kölner Kongress sich nicht gegen den politischen Massenstreik richten wollte. Und in Jena sagte Bismarck: „Soweit es sich um Maßnahmen gegen die Verschlechterung des Wahlrechts oder des Koalitionsrechts oder Verteidigung anderer politischer Freiheiten handelt, besteht Einigkeit in der Gesamtpartei, und zur Gesamtpartei gehören auch wohl die Mitglieder der freien Gewerkschaften. Ich habe die Überzeugung, daß in den freien Gewerkschaften wenig Personen organisiert sind, die sich nicht auf sozialdemokratische Partei bekennen. Die Gesamtpartei also ist sich darüber einig, daß in einem solchen Fall die Arbeiterklasse selbst vor den äußersten Mitteln nicht zurücksteht. Nur darüber gehen die Meinungen auseinander, ob man von vornherein die Kampfmittel des Kampfes bestimmen soll.“ In der gleichen Weise habe ich in Jena in einer persönlichen Bemerkung am Schluß der Verhandlungen erklärt, daß ich nicht die Auffassung habe, daß die Jenaer Resolution irgendwie im Widerspruch zu der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses steht. Mit dem einen Unterschied, daß die Jenaer Resolution ein Kampfmittel festlegt, während in der Kölner Resolution die Frage vollständig offen gelassen wird.

Ich kann Ihnen des weiteren noch erklären, daß bei den Vorbereitungen mit der Generalkommission dem Genossen Bebel ausdrücklich erklärt worden ist, daß wir nicht die Absicht haben, mit dieser Resolution uns gegen den politischen Massenstreik zu wenden. Der dritte Teil unserer Resolution, der von dem anarchistischen Generalstreik handelt und von dem ich sagte, daß für seine Annahme uns die Partei eigentlich dankbar sein sollte, ist in seinem Wortlaut nahezu der Amsterdamer Resolution entnommen. In Köln hieß es: „Der Kongress warnt die Arbeiterklasse, sich durch die Vertretung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit abhalten zu lassen,“ und in Amsterdam warnte der Kongress die Arbeiter davor, „sich durch die von anarchistischer Seite betriebene Propaganda für den Generalstreik in der Utopie, die davon abgesehen, den bedeutungsvollen täglichen Kleinkampf durch die gewerkschaftliche, politische und gewerkschaftliche Aktion zu führen, nicht ins Scheitern nehmen zu lassen.“ Wenn die Kölner Resolution die Frage der Anwendung des Generalstreiks vollständig offen ließ, so steht sie damit auf dem Boden des internationalen Kongresses in Paris 1900. Offen gelassen ist die Frage auch in der in Jena zitierten Resolution, die dem Züricher Kongress 1893 unterbreitet worden ist. Also gegen den Kölner Beschluß ist absolut nichts einzuwenden. Weder in Amsterdam noch in Jena ist in den Resolutionen irgend etwas davon gesagt, daß nach ihrer Annahme nun der politische Massenstreik propagiert werden solle. Wo steht denn das? Es heißt in der Resolution Bebel: „Damit die Anwendung dieses Kampfmittels ermöglicht und möglichst wirksam wird, ist die größte Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse und die unausgesetzte Verbreitung und Auffklärung der Massen durch die Arbeiterpresse und die mündliche und schriftliche Agitation unumgänglich notwendig.“ Auffklärung der Arbeitergenossen, aber nicht Propagierung des Massenstreiks! Und so kann ich auch Bebel vollständig begreifen, wenn er uns damals in der Sitzung vom 16. Februar erklärte: „Ich habe alle die zahlreichen Aufforderungen, die nach Jena an mich herangetreten sind, über den politischen Massenstreik zu reden, ihn zu propagieren, rundweg von der Hand gewiesen.“ Die Jenaer Beschlüsse sind aber von einem Teil der Parteigenossen, insbesondere von den Parteireaktionen, so gedeutet worden, als müsse nach dem Jenaer Beschluß nun der Massenstreik propagiert werden.

Parteigenossen, wenn Sie den Gewerkschaftsvertretern den Vorwurf machen, daß sie nach Jena den politischen Massenstreik nicht propagiert hätten, dann müßten Sie diese Vorwürfe auch gegen Bebel erheben, der rundweg eine solche Propagierung ablehnte. Was den Befürwortern der Aufnahme eines solchen Kampfmittels in die Resolution recht ist, das ist denen, die diese Aufnahme nicht wollten, jedenfalls billig. Wenn derjenige, der diesen Antrag eingebracht hat, erklärt, er habe keine Versammlung ab, in der über den politischen Massenstreik geredet werden soll, dann bitte, lassen Sie sich die Vorwürfe gegenüber den Vertretern der Gewerkschaften.

Es wäre töricht, heute zu sagen, wir wollen dieses Kampfmittel aus der Resolution wieder herausnehmen. Das ist gar nicht notwendig; denn die Diskussion, wie sie sich jetzt über den politischen Massenstreik gestaltet hat, die überaus vernünftige Haltung, die der „Vorwärts“ in seinen jetzigen Artikeln eingenommen hat, beweist, daß wir in der Auffassung über die Anwendbarkeit dieses Kampfmittels vollständig einig sind. Man könnte ja sagen: warum hat Sie nicht früher klargestellt, daß diese Liebereinstimmung besteht? Das haben wir einfach aus dem Grunde nicht getan, weil wir die Diskussion über den politischen Massenstreik für nicht nutzbringend erachteten, weil sie doch nur unsere Schwäche vor aller Welt dokumentieren muß. Nachdem aber nun von anderer Seite durch die Diskussion zur Genüge festgestellt ist, wie schwach wir sind, haben wir heute keine Veranlassung mehr, mit dieser offenen Erklärung nicht herzutreten. Und so meine ich, können wir durch die Annahme des von mir gestellten Amendements, von dem ich hoffe, daß auch Genosse Bebel, der Parteivorstand und die Kontrollkommission nach meiner Begründung ihm zustimmen werden, nach außen hin dokumentieren, daß Partei und Gewerkschaften vollständig einig sind. Ich sage, nach außen hin dokumentieren, denn in der Tat gibt es zwischen uns keine Differenzen. Die Differenzen, die sich zeigen, sind

heftiger Natur. Streik um Worte, weiter ist es nichts. Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaften bestehen nicht, auch in dieser speziellen Frage nicht. Wir sind uns einig darüber, daß im gegebenen Moment alle Mittel anzuwenden sind, die zur Verfügung stehen. Kommt es wirklich zum Massenstreik, dann stehen die Gewerkschaften an erster Stelle. Es wäre ja Unfug, wenn wir dann erklären wollten: Nein, wir sind gegen den politischen Massenstreik. Daß man uns in einem solchen Falle mit aller Bestimmtheit rechnen soll, das haben wir in den engeren Beratungen mit dem Parteivorstand und auch sonst wiederholt erklärt. Es kommt jetzt schließlich nur noch darauf an, nach außen hin diese Einigkeit zu dokumentieren, und das soll durch Annahme meines Amendements geschehen. Dann wird die Resolution Bebel vorläufig einstimmig angenommen werden und der Parteitag wird damit dokumentieren: Wandel es sich um die heiligen Rechte der Arbeiterklasse, dann sind wir einig, den Kampf mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu führen, und dann werden wir auch zum Siege gelangen.

Nach längerer, teilweise recht scharfer Debatte, worüber wir in der nächsten Nummer berichten, wurde die Resolution in folgender Fassung mit allen gegen fünf Stimmen angenommen:

I.
Der Parteitag beauftragt den Jenaer Parteitagsschluß zum politischen Massenstreik und hält nach der Feststellung, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschluß, allen Streik über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt.

Der Parteitag empfiehlt nochmals besonders nachdrücklich die Beschlüsse zur Nachachtung, die die Stärkung und Ausbreitung der Parteiorganisation, die Verbreitung der Parteipresse und den Beitritt der Parteigenossen zu den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsmittglieder zur Parteiorganisation fordern.

Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen.

II.
Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Massenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft; sie sind nicht minder notwendig wie die sozialdemokratische Partei, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt, ein Ziel, das auch der Klassenbewußte Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen.

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.

Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Kampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

- Hannestädte:**
Cuxhaven (Streik);
- Schleswig-Holstein:**
Barmstedt (Sperre über Rathjens in Hämdingen);
Preetz (Sperre über Schlömer);
- Mecklenburg:**
Sülze (Sperre über Holldorf); Laage (Sperre über Korf); Klütz (Aussperrung); Wismar (Sperre über Scharf);
- Ost- und Westpreußen:**
Konitz (Aussperrung); Memel, Braunsberg (Streiks);
- Schlesien:**
Görlitz (Streik); Breslau (Streik der Fassadenputzer);
- Brandenburg:**
Beitzig (Streik); Trebitzsch (Sperre über Hamann);
Finsterwalde (Differenzen); Alt-Carls (mehrere Sperren);
Cöpenick (Sperre über Schulze und Schröder aus Hannover); Wittenberge (Massregelung);
- Provinz Sachsen und Anhalt:**
Bernburg, Zeitz (Aussperrungen); Mühlberg a. d. Elbe (Sperre über Goldschmidt); Dessau (Sperre über Lüdike);
- Königr. Sachsen:**
Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauteile, F. Bieber in Leipzig-Gohlis, Ecke der Bleichert- und Kaiser Friedrichstrasse; Willy Schöbel in Stötteritz, Bahn-Leipzigstrasse, Müller & Damm in Leipzig-Gohlis, Ulanenstrasse, M. Steyskal und Seifert

in Mückern, Sohrstrasse; für Rabitzputzer die Gips- und Zementbaugesellschaft, Brendelstrasse, und Heinrich Walter in Leipzig-Lindenau; Würzen (Sperrte über Lohmann in Püchau), Hirschberg, Reichenau (Aussperrungen), Meissen (Differenzen), Limbach (mehrere Sperrungen), Plauen (Sperrte über Männel), Penzig (Sperrte über Hellriegel);

Hannover, Oldenburg und Lippe:
Emden, Münden (Zimmerstreiks), Jork-Estebürg (Sperrte über den Neubau Hadler in Crauz a. d. Elbe), Lüneburg (Streik), Eldingen (Sperrte über Knoop);

Braunschweig:
Braunschweig (Streik);

Thüringen:
Gera (Sperrte über Hirsch), Gotha (Streik), Sonneberg (Sperrte über Schmidt), Greuzburg bei Eisenach (Streik);

Rheinprovinz:
Volkmul, Neunkirchen-Wiebelkirchen-Friedrichsthal, Kira a. d. Nahe (Streiks), Opladen (mehrere Sperrungen), Nevelges (Sperrungen über Gerharts und Hasemann), Ratingen (Sperrungen über Schlösser, Bovers und Wehrmeister), Köln (Plattenleger, Differenzen);

Bayern:
Bayreuth, Burglarnbach, Landshut, Augsburg (Streiks);

Hessen:
Borsdorf (Streik), Wiesbaden (Sperrte über Denz), Heppenheim (Sperrte über Held);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:
Colmar, Hassloch (Streiks), Metz (Sperrte), Schwetzingen (Sperrte über S. Umhey und J. Packer & Co.), Rheingönheim (Sperrte über Scherf), Sigen (Sperrungen über Schmal und Schweitzer);

Oesterreich-Ungarn:

Budapest (Aussperrung), Warnsdorf i. Böhmen (Streik).

Schweiz:

Zürich, Neuchâtel (Streiks).

Sau Hamburg. In Cuxhaven hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe a. d. Unterelbe, Amt Nigebüttel und Umgebung — der kürzlich das Licht der Welt erblickte, wobei Herr Kistner aus Lehe Gebäudedienste leistete — einen Arbeitsnachweis errichtet. Für diese neue Gründung hat der Arbeitsnachweis in Bremerhaven-Greifswalde als Muster gedient. Dieses weiterführende Ereignis wurde am 24. September durch die beiden in Cuxhaven erscheinenden Tagesblätter der Öffentlichkeit durch eine Anzeige nachstehenden Inhalts unterbreitet:

Sämtliche im Baugewerbe Arbeit findenden Gesellen und Arbeiter müssen sich von heute ab, um Arbeit zu erhalten, im Geschäftsbureau, Schilderstraße Nr. 46, melden und wird ihnen daselbst Arbeit nachgewiesen.

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe a. d. Unterelbe, Amt Nigebüttel und Umgebung.

Nach Ansicht der Unternehmer wird dieses neue Institut nun umbedingt bewirkt, daß die streikenden Maurer in Scharen herbeiführen, um die Arbeit aufzunehmen. Ohne Arbeitsnachweis wollte es den Unternehmern bisher nicht gelingen, Arbeitskräfte zu erhalten. Selbst die „teuren“ Italiener sind so schnell wie möglich verbannt. Offenbar werden die Berufscollegen nach wie vor Cuxhaven als Arbeitsort meiden, damit die Unternehmer, ganz gleich mit oder ohne Arbeitsnachweis, vor dem Rest liegen bleiben.

In Alsbach hat die Lage des Streiks noch keine Änderung erfahren. Am 25. September hat unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters eine Besprechung zwischen den Parteien stattgefunden, wozu auch Mitglieder der Bauvorstände erschienen waren. Unsere Herren Unternehmer waren jedoch „schlau“ genug, die Hamburger Kollegen von der Verhandlung — selbst als Zuhörer — auszuschließen. Was hätte sonst nicht alles passieren können! — Die Verhandlung war übrigens ganz belanglos. Der Oberbürgermeister meinte, wir sollten unsere Forderung dahin ändern, daß wir vom 1. April 1907 ab 2 1/2 und vom 1. Oktober ab die anderen 3 1/2 bekommen, und die Arbeitszeitverlängerung sollten wir ganz fallen lassen. Einer der anwesenden Meister glaubte die Verlängerung der Arbeitszeit damit bekämpfen zu können, daß er erwähnte, er hätte von Morgens 6 bis Abends 8 Uhr arbeiten müssen, also könnten wir doch wohl zehn Stunden arbeiten. Wir haben diesem Herrn unsere Meinung ordentlich gesagt. Von einem anderen Meister wurde der Vorschlag gemacht, 55 1/2 sollten vom 1. April 1907 ab bezahlt werden. Am 1. Oktober soll wiederum verhandelt werden.

Sau Hannover. Am die Opposition in den eigenen Reihen zuzukommen zu helfen, macht jetzt der Vorstand des Arbeitgeberverbandes in Braunschweig die verpöblichsten Anordnungen, Streikbrecher zu importieren. Da man mit den Oesterreichern schlechte Erfahrungen gemacht hat, so holt man jetzt „eingearbeitete“ Italiener, die längere Zeit in Königsberg, Danzig, Königs usw. den Kapitalismus gereizt und das Gerede als Streikbrecher gut befanden haben. Jedoch machen die bis jetzt vom Königsberg angekommenen 23 Mann, unter denen 14 Maurer sein sollen, den Eindruck, als ob man sie aus allen Straßengraben aufzusammeln hätte. Wir glauben nicht, daß sich die Unternehmer drängen werden, es mit den jetzt importierten Bruchstücken aus Neuz zu probieren.

Vor einigen Wochen meldeten wir aus Hamburg, daß die Unternehmer Maßnahmen der streikenden Kollegen vornahmen, um unsere junge Organisation zu zertrümmern. Des weiteren hatte man allen Kollegen, die sich verweigerten, nicht in den Verband einzutreten, oder denen, die wieder austreten wollten, den Lohn um einen Pfennig erhöht. Unsere Kollegen bewiesen aber, da sie in großer Zahl findigsten, daß sie nicht geneigt sind, sich noch länger von den Unternehmern auf der Nase herumspielen zu lassen. Die Meister sehen jetzt ein, daß ihre Mäße, den Zweigverein zu vernichten, vergeblich war.

Sie blissen jetzt in den sauren Apfel und zahlten vom 15. September an die geforderten 40 1/2. Das macht eine Erhöhung von 3 1/2 pro Stunde. Wir rufen den Hamburger Kollegen zu: Seid auch ferner für die Festigung der Organisation bereit, dann werden die Forderungen nicht ausbleiben.

Der Arbeitgeberverband hat sich nunmehr nach einer „schweren“ Sitzung den Ausgearteten die Mitteilung, daß die Ausperrung, die ja eigentlich bis 15. Oktober d. J. festgesetzt ist, schon jetzt aufgehoben wäre, die Streikenden könnten zu den alten Bedingungen jederzeit wieder bei ihrem alten Meister in Arbeit treten. Dazu lag natürlich für uns gar keine Veranlassung vor, denn von denjenigen Unternehmern, die Arbeit haben, ist die Forderung der Kollegen, 40 1/2 Stundenlohn, anerkannt. Alle Streikenden sehen zu neuen Bedingungen in Arbeit. Die Ausperrung dauerte 15 Wochen.

Sau Frankfurt a. M. Der Streik bei der Rauhbaufirma Hof ist nach zehnwöchiger Dauer erfolglos beendet worden. Herr Hof glaubte, er brauche den am 8. September mit uns neuem Geschäftsführer abgeschlossenen Vertrag nicht anzuerkennen, wodurch zum zweiten Male ein Streik notwendig wurde. Sein ganzes Vorgehen ließ darauf schließen, daß er von der Organisation der Maurer noch recht wenig Kenntnis hatte, er glaubte wohl kaum, daß wir in der Lage seien, ihn bei seinem ausgebreiteten Betriebe in allen Gauen Deutschlands erfolgreich bekämpfen zu können. Die so plötzlich an allen Arbeitsplätzen erfolgte Arbeitsentlassung sollte ihn doch etwas anders belehren. Nachdem dann die durch den „Mitteldeutschen Arbeitgeberverband“ angebahnten Verhandlungen gescheitert waren, versuchte Hof, Streikbrecher anzuwerben. Aber damit mußte er bittere Erfahrungen machen. Denn die tatkräftige Unterstützung und das Eingreifen der Zweigvereine und Bauleitungen von Dortmund, Essen, Mannheim, Stuttgart usw. verdrängte schließlich lobenswerte Anerkennung. Nur in wenigen Fällen gelang es Hof, Umlingevorte anzuwerben, die obendrein, nachdem sie von der Sachlage informiert waren, die Arbeit wieder einstellten. In Essen mußte Hof sogar an eine Kolonne angemerkter Kollegen je 20 Schabernack zahlen. Das Resultat seiner mit so großen Kosten verbundenen Anstrengungen war schließlich gleich Null; denn die wenigen Streikbrecher, die er erhielt, waren nicht entfernt im Stande, die an sie gestellten Anforderungen erfüllen zu können. Nun sah Hof ein, daß es doch besser sei, Frieden zu schließen und sich den vertraglichen Bestimmungen zu unterwerfen. In der Saupfasse wurde nun vereinbart: an Stundenlohn für neuereingestellte Maurer 28 1/2, nach vierteljährlicher Beschäftigung 30 1/2, nach einem Jahre 34 bis 36 1/2; für selbständige, länger im Betriebe tätige Gesellen 70—72 1/2, Motoführer erhalten 60—55 1/2. Für auswärtige Arbeiter bis zu 5 km von Frankfurt im Umkreis pro Tag von 50 1/2, über 5 km täglich 1 1/2, vom Juni 1907 ab 1 1/25, sowie eine und viertel 1 1/2 km. Für Nachtarbeiten wird 25 1/2, für Nacht- und Sonntagsarbeiten 50 vzt. Zulage gewährt. Gegenüber den vorher herrschenden fortwährenden Zuständen ist dies ein recht schöner Erfolg.

Sau Stuttgart. Die vorgeschrittene Jahreszeit nötigte uns zur Beendigung der letzten diesjährigen Lohnbewegung im Sau. Der Stuttgarter Gipfelfest wurde nach einer Dauer von 14 Wochen am 28. September durch Annahme folgender Resolution mit 181 gegen 4 Stimmen aufgehoben:

In der Erwägung, 1. daß alle streikenden Gipfer bei den 25 Firmen, die mit der Organisation der Arbeiter einen Arbeitsvertrag abgeschlossen haben, zu neuen Bedingungen in Arbeit ließen; 2. daß fast sämtliche Gipfermeister bereit erschienen, den verlangten Lohn zu zahlen; 3. daß die kommenden Wintermonate nicht geeignet sind, die Unterdrückung der widerstrebenden Firmen zu erlangen, beschließt die Versammlung, den Gipfelfest bis auf weiteres zu verlegen. Es darf daher von morgen an bei sämtlichen hiesigen Gipfermeistern gearbeitet werden, jedoch nicht unter dem Vertragslohn von 60 resp. 70 1/2 pro Stunde. Die Versammelten beschließen, einmütig an ihrer Organisation festzuhalten und zu geeigneter Zeit die Anerkennung des Arbeitsvertrages auch bei den heute noch die Unterdrückung verweigenden Firmen voll und ganz zu durchsetzen. Bei der Überwachung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie mit der Vorarbeit für die volle Durchführung des Vertrages wird die Verhandlungsbefugnis beauftragt.

Wenn die Gipfer diese Beschlüsse voll und ganz zur Durchführung bringen, wird die Anerkennung des Vertrages spätestens im Frühjahr auch von den ruppigen Gipfermeistern mit Leichtigkeit zu erlangen sein. Zugung von auswärtig ist nach wie vor ferngehalten.

Sau München. In Augsburg dauert der Streik ununterbrochen fort. Die Unternehmer setzen ihre Hoffnung auf die Reservisten, doch nur neun derselben nahmen die Arbeit auf, wozu wieder zwei aufhörten. Eine Firma, Mitglied der Innung, bewilligte den Tarif. Beim Unternehmer Blesing mußte durch einhellige Sperrte den von ihm anerkannten Bedingungen Nachdruck verliehen werden, weil er die einhundertstündige Mittagspause nicht einhalten ließ. Bis jetzt haben 21 Unternehmer bewilligt, 39 stehen noch aus. Jetzt immerhin verrichten Streikbrecher (Einmalen vom Vortrainer der Arbeiter). Sechs Abtäger aus München sind mit ihrer Streikarbeit fertig geworden; diese Streikbrecher, die sich frech drückten, sie seien organisiert, ließen sich nicht bezagen, schüchtern aufzuhaben, als bis sie ihren Afford fertig hatten. Sie beläßen die Frechheit, von der Organisation die Bezahlung von 270 Afford überstolz zu verlangen, dann wollten sie die Arbeit einstellen. Diese dreimal verbotliche Affordforderung wurde von München herher verpöblich. Vor drei Jahren gab es hier noch keinen Afford. Diese sechs sehr beachtenswerten Kollegen heißen: Josef Voggenreiber, Simon Voggenreiber, Anton Weibel, Anton Wagner, Georg Braun und Konrad Schottenshammer. — 23 Weispücker berichten noch immer Streikarbeit. Bis jetzt haben sie für 24 Bannern den Innungspfeil übernommen. Ihre Organisation ist gleich Null. Der erste Vorsteher ist Unternehmer, der zweite Vorsteher, der erste Kassierer und der erste Schriftführer sind Streikbrecher aus Prinzip. Den Weispücker zahlen die Unternehmer 53 1/2 pro Stunde, wo wir nur 44 1/2 Minimallohn fordern. Es streiken noch 297 Kollegen. Eine genaue Statistik fordern: Bannern im Erdgeschoss 3, im Keller 14; im Parterre 5, erste Etage 2, zweite Etage 6, dritte Etage 1, mauerfertig 6, im Dachgeschoss (Drempl) 9. Im Zug (meistens Weispücker) sind 17 Bannern, im Ausbau (beinahe fertig) 12. Von 9 gängigst stützenden Bannern sind 8 bis zum Kellergerüst gezogen.

Sau Götting. In einer Versammlung des Zweigvereins Götting ergriffte Kollege Taubold Bericht über den Stand des dortigen Streiks. Die Göttinger Maurer befinden sich nun seit acht Wochen im Kampf um tarifliche Festlegung der Lohnverhältnisse und um Anerkennung der Organisation. Innerhalb dieser Zeit sind trotz kampfhafter Bemühungen der Unternehmer nur ganze zehn Mann Streikbrecher geworden. Sechs Obermeister wurden vom Polier Kralowitz, der sich stets bemüht, der Organisation Hindernisse in den Weg zu legen, herausgeholt und sorgfältig vor den Streikenden beschützt. Diese sind nicht fortzuführen. Alle anderen von den Unternehmern herangeführten „Arbeitswilligen“ wurden immer wieder abgeschoben. Einige christlich organisierte sind auch wieder Streikbrecher geworden. 67 Mann blieben bei Beginn des Streiks gleich in Arbeit, so daß die Zahl der Streikbrecher gegenwärtig 97 beträgt. Obgleich dies schon eine beschämende Anzahl ist, sind diese Leute doch nicht im Stande, die Unternehmer herauszureißen. 286 Kollegen haben die Arbeit niedergelegt, wozu circa zwei Drittel abgerechnet sind; circa 60 bis 70 arbeiten bei sieben Unternehmern zu den neuen Bedingungen. Wenn man sich die Bannern ansieht und gewahrt wird, was seit Beginn des Streiks bis heute an Arbeit geleistet worden ist, so muß man sich wundern über die Geduld der Unternehmer. Wenn die Göttinger Maurer in anderer Zeit nicht mehr Arbeit leisten würden als die Streikbrecher, so hätten die Unternehmer sie schon geahndet zum Teufel gejagt. Aber es ist ja jetzt Streik, da sind die Unternehmer ganz anders, viel humaner als sonst, freilich nur gegen die „Arbeitswilligen“. Diese werden jetzt recht fürsorglich behandelt; man fährt sie Sonntags spazieren und schenkt ihnen sonst mancherlei Aufmerksamkeit. Die Bannern haben sich bis jetzt wenig verändert; bei den Gärtleranlagen in der Aktienbrauerei arbeiten nur ein paar Lehrlinge, kein einziger Geselle; ein Polier daselbst ist bei seiner „Arbeitswilligkeit“ betrunken, so daß er schon fünf Wochen arbeitsunfähig ist. Von den drei Neubauten des Baumanvereins sind zwei abgedeckt; auf dem dritten arbeiten auch nur Lehrlinge. An der Muffkalle, bei der noch eine Anzahl Streikbrecher sind, schreiben die Arbeiter auch sehr langsam vorwärts. So sieht es überall auf den von Streikbrechern besetzten Bannern aus. Es ist aber auch eine Sorte von Menschen! Ein Meister hat einen Maurer herbeigeholt, der schon seit 20 Jahren keine Kelle mehr in der Hand gehabt hat. Andere können nur bei Streiks Arbeit erhalten, sonst mag sie kein Meister. Ja, selbst Arbeiter werden als Maurer beschäftigt, so bei dem Polier Diesner in Lüders Fabrik. Die Frau des Diesner, welche als redselig bekannt ist, verurteilt die Frauen der Streikenden gegen ihre Männer aufzugeben, um sie so zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Leider ist es ihr gelungen, zwei Mann soweit zu bringen, daß sie Streikbrecher wurden. Das sind keine Männer mehr.

Die drei Gruppen: Zentralverband, Verband der Bauhilfsarbeiter und christlicher Verband haben nach eingehender Beratung nochmals den Unternehmern in fähiger, sachlicher Form die Hand zum Frieden geboten und um Verhandlungen ersucht. Antwort traf ein, aber sie war nicht, wie sonst, an den Zentralverband, sondern an die Christlichen gerichtet; soweit geht die Mut der Unternehmer. Die Antwort lautete:

Trotzdem wir Ihnen durch Lohnverhöhen im vorigen Jahre und am 1. Juli d. J. sowie durch Einführung der einstufigen Mittagspause das weitestmögliche Entgegenkommen bewiesen haben und trotzdem Sie bei Auffstellung Ihrer neuen Forderung ganz genau wußten, daß wir dieselben inmitten der Bauzeiten bei abgeschlossenen Verträgen und den allgemeinen gebräuchlichen Verhältnissen zur Zeit nicht bewilligen konnten, stellen Sie es in Ihrem Schreiben vom 21. d. M. so hin, als ob der Streik durch mangelndes Entgegenkommen unsererseits entstanden wäre. Eine solche Darstellung weisen wir als unrichtig und unethisch zurück. So wenig wir den Streik gewünscht haben, so wenig liegt uns an seiner Fortführung und es liegt an Ihnen, denselben zu beendigen, indem Sie die Arbeit zu dem am 1. Juli festgesetzten Bedingungen wieder aufnehmen.

Aktionsvoll

M. Rothenburger.

Diese Antwort wirkte geradezu erheitend auf die Streikenden. Angesichts der jetzt noch guten Situation sprachen sich sämtliche Disziplinbrecher für Fortführung des Streiks aus. Die Situation ist für die Unternehmer jetzt dreglich. Maurermeister Brunert kennt den Kollegen bald die Wade ein und sucht auch die Frauen der Streikenden zu beeinflussen, damit sie ihre Männer bewegen, wieder anzulassen. Die Stimmung unter den Streikenden ist kampfesfreudig. Die Meister glauben, jetzt zur Mietzeit würden die Streikenden schon kommen; sie sprengen auch Gerüchte aus, die Unterstützung sei bald alle; vom 1. Oktober ab gebe es kein Geld mehr. Da sind sie falsch berichtet. Entweder sind sie so dumm, oder es ist plumpe Berechnung. Aus dem ganzen Antwortschreiben ist uns nur eins glaubwürdig: daß ihnen an der Fortdauer des Streiks nichts gelegen ist. Wir preisen darauf, die Arbeit nach achtwöchigem Kampfe bedingungslos wieder aufzunehmen. Am 2. J. pro Stunde dreht sich der Kampf; sie würden auch gern bewilligen, wenn sie nur ihren Herrenanbittler dabei behaupten könnten. Warum bieten sie auswärtigen Maurern 50 bis 55 1/2 Stundenlohn, wo doch die Forderung der Göttinger Kollegen nur 44 1/2 beträgt? Das ist gewiß kein hoher Lohn für eine Stadt wie Götting. Unsere Kraft ist noch ungegährt. Die Abstimmung ergab mit allen gegen eine Stimme Weiterführung des Streiks. Festgestellt ist, daß seit Beginn des Streiks die Unfälle sich mehren; fast jede Woche gelangen drei Unfälle zur Untersuchung. Kollege Ruppe fernschickte das Streikbrechertum in scharfen, auftretenden Worten. 97 Streikbrecher, das ist eine Schande! Doch sie reichen nicht aus. Schändlich, erbärmlich, daß es in der Mehrzahl Göttinger sind! Diese Zustände können nur beseitigt werden, wenn Streik auf Streik folgt. Die Unternehmer müssen eines Besseren belehrt werden. Wir müssen durch feste Kämpfe eine kampfesfreie, kampfesprobtene Schar erzeugen. Das heutige Unternehmertum will eine geschlossene widerstandsfähige Masse gegen sich haben, sonst

Anmerkung des Schriftf. Trotz Einladungen an die Kollegen von Kohnau war auch nicht einer erschienen, wo dort die Aufführung so not tat. Nicht mal ein Vertreter des Vorstandes war erschienen, jedenfalls werden wir ein scharfes Wort an anderer Stelle reden, und zwar deshalb, weil sich die Kohnauer Kollegen weigern, ihren Verbandsbeitrag in Rummelsdorf zu zahlen. Der § 24a des Statuts gilt auch für diese Kollegen.

Verbot oder Reform der Akkordarbeit?

VIII.

Gau Berlin.

Die Besprechung dieser Frage erheischt für das Lohngebiet Berlin ganz besonders große Aufmerksamkeit. Wir müssen die Verhältnisse jeder einzelnen Spezialbranche betrachten. Bei den anderen Orten des Gaus können wir uns dann kürzer fassen.

Das Alter der Akkordarbeit läßt sich schwer feststellen. Wahrscheinlich hielt sie in den einzelnen Gewerben ihren Eingang, als an Stelle der Naturalienlösung die reine Geldlohnung eingeführt wurde. In unserem Gewerbe dürfte diese Lohnform, oder die ihr verwandte, daß der Maurer bei dem Unternehmer in Kost und Logis war, gar nicht oder nur in geringem Umfange bestanden haben; denn die Art, wie unser Gewerbe ausgeübt wird — mit wechselndem Arbeitspaß, gleichsam im Umherziehen — bereitet diesem System große Schwierigkeiten. Darauf deuten auch einige Bestimmungen der landesgesetzlichen Bauordnungen hin, so die für Breslau aus dem Jahre 1905 und die Tagordnung des Herzogs von Braunschweig-Lüneburg aus dem Jahre 1846. Man sagt darüber im 19. Kapitel Band I seines „Kapital“. „Obgleich keineswegs neu — er (der Stillohn) figurirt neben dem Zeitlohn offiziell u. a. in den französischen und englischen Arbeiterstatuten des vierzehnten Jahrhunderts — gewinnt er doch erst größeren Spielraum während der eigentlichen Bauzeitperiode. In der Sturm- und Drangperiode der großen Industrie, namentlich von 1792 bis 1815, dient er als Hebel zur Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung des Arbeitslohnes.“

Auf dem Kongreß der Maurer und Steinbauer, der 1873 in Berlin tagte, berichtete der Delegierte für Hamburg, G. Schöningh:

1842 wurde fast überall die Akkordarbeit eingeführt, und von der Zeit ab ist der Lohn immer schlechter geworden. Man zahlte damals in Hamburg für 1000 Steine 3 Thlr. 6 Sgr., heute nur noch 2 Thlr. 6 Sgr., trotzdem hinsichtlich bekannt ist, daß heute das Geld einen geringeren Wert hat, da man weniger für eine gleiche Summe wie früher kaufen kann.“

In Berlin hat die Akkordarbeit sicher lange vor der Gründung des Allgemeinen deutschen Maurervereins (1869) bestanden. Darauf weist schon der Umstand hin, daß wenige Jahre nach dieser Gründung die Akkordarbeit geistlich und energisch bekämpft wurde, was nur daraus erklärlich wird, daß die Führer seit langer Zeit die Wirkungen dieses Lohnsystems beobachtet und studiert hatten. Wir lassen hier eine Resolution aus dem Jahre 1873 folgen. Sie lautet:

„Die Generalversammlung der Maurer Berlins und Umgegend am 4. Mai 1873 erlöst:

1. In Erwägung, daß jeder Akkordarbeiter naturgemäß den sonst üblichen Lohn herabdrückt, im günstigsten Falle aber mindestens ein Steigen desselben verhindert, erlöst die Generalversammlung die Akkordarbeit für schädlich;

2. erklärt die Versammlung, jeder Arbeiter hat die Pflicht, nach besten Kräften und Wissen für sich und die Seinigen zu sorgen, folglich die Interessen der Arbeiter zu fördern. Aus diesem Grunde verpflichten sich die Maurer Berlins, um die Schädlichkeit der Akkordarbeit abzumildern, bei Akkordarbeiten täglich nicht mehr als höchstens neun Stunden, nämlich von Morgens 7 Uhr bis Abends 6 Uhr mit Innehaltung der sonst üblichen Pausen (eine halbe Stunde Frühstück, eine Stunde Mittagszeit, eine halbe Stunde Vesperzeit) zu arbeiten;

3. in fernerer Erwägung, daß die Preise der Akkordmaurer mit dem Steigen des Tagelohnes in den letzten Jahren nicht Schritt gehalten haben, beschließt die Generalversammlung, im Jahre 1873 in und um Berlin nicht unter folgenden Preisen Akkordarbeiten zu übernehmen: (Folgt eine Preistabelle mit 32 Positionen).

4. Jeder Maurer verpflichtet sich, die unter heutigem Datum aufgestellten Preise für Akkordmaurer innezuhalten, sowie die neunstündige Arbeitszeit im Akkord streng zu beachten.“

Das Bemerkenwerte an dieser Resolution ist, daß sie nicht ein absolutes Verbot dieser Arbeitsmethode aufstellt, sondern, „um die Schädlichkeit der Akkordarbeit abzumildern“, bestimmte Reformvorschlüsse festlegt. Das absolute Verbot der Akkordarbeit für Berlin kammi aus der Fachvereinszeit, Mitte der achtziger Jahre. Trotz dieses Verbots ist in Berlin immer von einem gewissen Teil im Akkord gemauert worden, in Zeiten schlechter Konjunktur nur in ganz geringem Maße, in Zeiten der Hochkonjunktur und in Zeiten der Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen in größerem Umfange. Infolge des Verbotes der Akkordarbeit hatten den Kollegen, die trotzdem diese Arbeit ausübten, ein scharfer Mangel an, und seitdem sie im Jahre 1897 einen Verein gründeten, der sich in erheblicher Weise den Unternehmern als Schutztruppe an den Hals warf, sogar das Obdium der Erfolglosigkeit. In einer Offerte, die 1898 an sämtliche Unternehmer gelangt wurde, heißt es:

„Der am 29. September 1897 gegründete „Gewerkschaftliche Verein der Maurer Berlins“ hat sich zur Aufgabe gestellt, da seine Mitglieder fortwährenden Belästigungen von Seiten der Streiklustigen ausgesetzt sind, seine Mitglieder zu unterstützen, jedoch können wir das nur durch gütliche Unterstützung von Seiten der Herren Bauverwerksmeister, sowie des bauenden Publikums. Wir erlauben uns daher, die Herren nochmals auf unseren Verein aufmerksam zu machen und bei etwaiger Befragung von Maurer-gehilfen Ihren Bedarf bei obigem Verein zu bedenken.“

Demzufolge sind die Akkordmaurer in Berlin die größten Feinde unserer Organisation, und bis in die neueste Zeit haben sie organisiert Streikbruch geübt. Ueber die Zahl der Akkordmaurer in den einzelnen Jahren haben wir erst seit 1897 einen Nachweis; seit der Zeit, wo die Organisation perloßig Baukontrollen vornahm und über diese

Frage Erhebungen veranstaltet. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß in einem so großen Bezirk nicht immer alle Maurer von der Kontrolle erfaßt werden; ein großer Teil wird oftmals nicht gefunden. Der Prozentsatz der Akkordmaurer dürfte deshalb nicht größer sein, da diese auf offenen Bauten arbeiten und möglichst alle von den Kontrollen erfaßt werden können.

Datum	Insgesamt		Davon		Akkordmaurer in Proz.
	Bauten	Maurer	Bauten	Maurer	
8. Juni 1898	585	6629	?	?	?
2. Juni 1897	653	7816	4	76	1,04
30. März 1898	584	5109	1	15	0,30
30. Mai 1898	761	7583	9	160	2,10
11. Juni 1900	789	8749	26	348	3,98
12. Juni 1901	843	7866	23	329	4,18
27. Mai 1902	947	9037	33	376	4,16
21. April 1903	905	7146	20	299	4,18
3. Mai 1904	1177	10003	49	608	6,08
30. Mai 1905	1582	12594	86	948	7,53
24. April 1906	1372	10999	79	914	8,31

Ueber die Akkordpreise gibt nachfolgende Tabelle Aufschluß. Die Preise von 1873 sind der oben angeführten Resolution von der Versammlung am 4. Mai entnommen. Diejenigen für 1897 der bereits erwähnten Offerte des „Gewerkschaftlichen Vereins“ vom Jahr 1897, und die für 1906 sind durch Erhebungen bei Kollegen festgestellt, die gelegentlich Derartiges erfahren.

Preis	Pro Quadratmeter Kalkstein	Pro tausend Zentner mauerwerkseigene	Pro tausend Zentner mauerwerkseigene	Tagelohn der Maurer
1873	1 Thlr. 17 Sgr.	Im Durchschnitt 2 Thlr. — M. 10.	Im Durchschnitt 1 Thlr. 18 — M. 5.	4,50 — 5.
1897	M. 2,50	Im Mittel M. 7,50	Im Durchschnitt M. 8.	5,40
1906	M. 2 — bis 2,50	do. M. 6 bis 6,50	do. M. 7 bis 7,50	9,76

Beim Innen- und Außenputz waren am 22. Mai d. J. 3744 Kollegen beschäftigt; die Zahl kann aber um 400 bis 600 größer sein, da, wie die Leistung annimmt, diese Kollegen von der Kontrolle nicht erfaßt worden sind. Wir führen gleich die Preise auf, die in den einzelnen Jahren für Innenputz gezahlt wurden, und stellen, um nur einen Vergleich zwischen dem Steigen des Lohnes der Putzer und Maurer zu ermöglichen, den jeweiligen Maurerlöhnen daneben. Eine Quadratrate ist gleich 14% qm.

Jahr	Preis für Innenputz in		Tagelohn der Maurer
	Quadratmetern	Quadratruhen	
1869	0,13	1,75 — 2.	2,25 — 2,75
1870	0,13	1,75 — 2.	3.
1872—1874	0,26	3,89	4,50 — 5.
1875	0,22	3,12	4,50 — 5.
1880	0,14	1,92	3,25 — 3,50
1885	0,18	2,55	4,75
1890	0,20	2,84	4,95 — 5,40
1895	0,18	2,55	5.
1900	0,20	2,84	5,85
1905	0,26 ³	3,69	6,57
1906	0,26 ³	3,69	6,75

¹ Nach dem Streik, der am 18. August friedlich beendet wurde, betrug der Maurerlöhne M. 9 bei e. ständiger Erleichterung.

² Im Herbst 1870 sank der Maurerlöhne auf M. 3,25 — 3,50 und der Preis einer Quadratrate Innenputz auf M. 1,50 bis M. 2.

³ Von den Auspreisen mußten die Putzer, wobei der Träger bezahlt, im Jahre 1906 wurde aber schon der Träger vom Unternehmer bezahlt. Im Jahre 1905 ist er ermäßigend, fand in der Aufstellung 5 A zu dem jetzt geltenden Preis zugeführt; es ist dies der Betrag, der den Trägerlöhnen ausmacht.

Die Putzarbeit ist also bereits vor 1869 im Akkord ausgeführt worden. Nurpur im heutigen Sinne gab es damals noch nicht. Jedes größere Baugeschäft hatte einen Stamm Leute, die die laufenden Putzarbeiten ausführen und in der übrigen Zeit auf Neubauten und Gebärdet besetzt wurden. Auch eine besondere Organisation der Putzer bestand bis zum Jahre 1872 nicht. Der „Allgemeine Maurer- und Steinbauverein“ hielt jeden Mittwoch seine Versammlungen ab. Um dem Bedürfnis entgegenzukommen, auch über die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der putzenden Mitglieder in ausreichendem Maße beraten zu können, wurde im Winter 1871/72 der Antrag gestellt, alle vier Wochen eine Stunde über die Fragen der Putzer zu diskutieren. Dieser Antrag wurde abgelehnt, und nun rief Paul Grottau selbst zur Gründung der ersten Putzerorganisation — dem Putzer-Klub.

Die Beseitigung der Mißstände im Putzerberuf war aber auch eine dringende Notwendigkeit. Während sich die Maurer durch einen einmaligen Streik im Jahre 1871 den Reichtum erobert hatten, unter Verbeibaltung des Tagelohnes von 1 Thlr., wie er bei e. ständiger Arbeitszeit bestanden hatte, war im Putzerberuf noch alles beim alten, und die Folgen des Akkordsystems zeigten sich in erschreckender Weise. Kollege Neumann, der uns diese Daten in dankenswerter Weise zur Verfügung stellte, berichtet hierüber wie folgt:

„Mit dem Frühjahr 1872 setzte eine bis dahin ungekannte Baukräftigkeit, die sogenannte Grubenperiode, ein. So daß für diese Arbeiten die vorhandenen Putzer bei weitem nicht ausreichten. Der Preis für die Quadratrate Putz stieg in diesem Jahre nach und nach bis auf 1 Thlr. 10 Sgr. (M. 4). Dementsprechend, ja noch in höherem Maße, erhöhten sich die Preise für Fassadenputz. Der neue Klub konzentrierte seine Haupttätigkeit auf die Regelung der Arbeitszeit; denn hierin herrschte vollständige Anarchie, was in Uebereinstimmung der üblichen Arbeitszeit geleistet wurde, spottet geradezu jeder Beschreibung. Von früh 5 Uhr bis Abends 8, ja 9½ Uhr arbeiten, war nicht etwa Ausnahme, sondern allgemeine Regel. Die Tätigkeit der Klubmitglieder war auch insofern von Erfolg, daß im Herbst 1872 die übliche Arbeitszeit der Maurer auch beim Putzen innegehalten wurde.“

Wie aus der Aufstellung der Preise für Innenputz und der Maurerlöhne ersichtlich, ist der Preis der Putzarbeit pro Quadratrate nicht in demselben Verhältnis gestiegen,

wie der Tagelohn der Maurer. Trotzdem muß es auffallen, daß die Differenz lange nicht so erheblich ist, wie bei den Akkordmaurern.

Die Differenz im Akkordpreis und Maurerlohn von früher und jetzt wird zum Teil durch technische und Materialveränderungen ausgeglichen. Einige Beispiele mögen zur Erklärung hier mit angeführt sein. An Stelle des losen Rohres ist Holzgewebe getreten. Durch Einführung der Mörtelfabrikation wird beim Weichmachen physische Kraft gespart, das Zubereiten erfordert geringeren Zeitaufwand und das Material ist bedeutend ergiebiger, da beim alten System nur ein Dreiviertel-Kasten zur Verarbeitung übrig blieb. Früher wurde Röhrenbörser und heute Schleißer Kalk verarbeitet. Während früher schnell trocknet, besitzt letzterer bedeutend mehr Elastizität und hält sich sehr lange, selbst an trockenem Mauerwerk, geschmeidig. Die in dem letzten Jahrzehnt eingeführten Gips-, Gipsplatten- und Luginowände haben eine weitere Erleichterung gebracht, da diese wegen ihres Feuchtigkeitsgehalts und der glatten Flächen nur eines dünnen Kalküberwurfes bedürfen. Dagegen darf nicht verschwiegen werden, daß die Qualität des Putzes schlechter geworden und die Intensivität der Arbeit auch in dieser Branche bedeutend gestiegen ist. „Lehren“ werden beim Innenputz in der Regel überhaupt nicht mehr gemacht, sondern es wird ½ qm mit Mörtel bemörtet, dieser wird mit der Karitätsseife breit gestrichen, hinterher noch einmal übergezogen und der Putz ist reibefertig. Bei der früheren zehn- und elfstündigen Arbeitszeit fertigten drei Innenputzer 700 bis 800 qm Putz an, während sie bei den jetzigen Verhältnissen und bei achtstündiger Arbeitszeit 900 bis 1000 qm anfertigen in der Lage sind. Diese Leistung soll noch nicht einmal eine besondere Anstrengung sein, so daß Kolonnen, die mit jungen, kräftigen Kollegen besetzt sind und die für ihre Arbeitskraft nicht die richtige Vergütung besitzen, in der Woche im Durchschnitt 1200 qm und noch mehr herstellen.

In der Gipsbranche wurde bis zur Gründung der Organisation ausschließlich in Akkord gearbeitet. Diese Branche ist noch jung, sie besteht erst seit Einführung der Rohputzwände — und somit war das Lebel noch nicht so tief eingebürgert. Es gelang, bei den Putzern und Spannern die Akkordarbeit vollständig zu beseitigen. In der Gruppe der Luginowandputzer mußte 1905 ein Streik geführt werden, um die Vertragsbedingungen einzuführen, die in dieser Branche üblich sind. Bis dahin war in dieser Gruppe bei allen Arbeiten die Akkordarbeit üblich. Die Kollegen und auch die Firma verpflichteten sich, hinfort alle Arbeiten in Zeitlohn auszuführen. Trotzdem ist die Akkordarbeit noch nicht vollständig beseitigt; hoffentlich gelingt es noch, durch unausgesetzte Belehrung ihre volle Beseitigung herbeizuführen.

In der Zementbranche wurden vom Jahre 1880 bis Ende der 90er Jahre die gesamten Zementarbeiten von den Polierern in Akkord übernommen. Diese Zwischenmeister vergaben wieder die einzelnen Spezialarbeiten an Unterakfordanten, die dann in Kolonnen das Zementieren, Flechten, Einschalen, Wischen und das Materialtransport ausführen und dafür einen Preis erhielten, der bedeutend niedriger war, als der, den der Zwischenunternehmer von der Firma erhielt. Seit Bestehen der Organisation hat die Akkordarbeit, einschließlich des Systems der Zwischenmeister, bedeutend nachgelassen, und seit Bestehen des Tarifvertrages (1903) ist in der Zementbranche allgemein die Lohnarbeit eingeführt. Auch in den Spezialbranchen, wie Einschalen und Beton- und Stedenbau, wo vor dem Jahre 1899 unter denselben Bedingungen wie bei den Zementierern gearbeitet wurde, wird jetzt ausschließlich in Lohn gearbeitet. Seit 1904 arbeiten auch die Flechter in Lohn. Bei den Gipsarbeitern in der Zementbranche kam es bis 1903 vor, daß einige Kolonnen, die bei der Zubereitung und dem Transport der Betonmischung beschäftigt waren, von Unternehmern oder Zwischenmeistern die Arbeit in Akkord übernahmen. Nachdem von 1902 an unser Verband unter dieser Gruppe eine lebhafteste Agitation entfaltete, gelang es, auch sie ins Vertragsverhältnis aufzunehmen, und mit der Garantie eines angemessenen Stundenlohnes verschwand auch hier die Akkordarbeit. Heute kann gesagt werden, daß bis auf kaum nennenswerte Ausnahmen, sämtliche Arbeiten, die in der Zementbranche vorkommen, in Zeitlohn ausgeführt werden.

Die Branche der Fliesenleger umfaßt zur Zeit circa 500 Kollegen. Direkt wird nicht in Akkord gearbeitet. Doch versuchen die großen Firmen dadurch einen Druck zum Zwecke der härteren Ausübung der Gesellen herbeizuführen, daß sie die Arbeit an sogenannte Subunternehmer in Akkord vergeben; dieser nimmt sich Keger an und sucht dann mit allen Mitteln die höchste Leistung aus den Gesellen herauszukuppeln. Ungefähr 100 Mann arbeiten bei diesen Subunternehmern. Diefem Lebel könnte nur gesteuert werden, wenn es an der Wurzel gepackt würde, d. h. von den größeren Firmen verlangt würde, dieses Zwischenmeisterstystem zu beseitigen. Doch daran wird diese Gruppe durch die Organisationsersplitterung zur Zeit noch gehindert. In einem Geschäft mit 15 bis 20 Mann wird in veredelter Weise in Akkord gearbeitet.

In der Branche der Bademaureur werden 80 bis 100 Mann beschäftigt. Akkord war hier niemals üblich, wohl aber ein Klassenlohn; der die Schindler und Spichelbeder in schlechter Weise förderte. Die Branche besteht seit 30 Jahren. Der Lohn stand immer von 2½ A unter dem Maurerlohn, und zwar 2½ bis 10 S. Jetzt ist ein Einheitslohn von 80 S bei achtstündiger Arbeitszeit tariflich festgelegt.

Eine weitere Spezialität ist die Patent- und Beton- und Silberei. Hierbei werden in Zeiten guter Konjunktur 400 bis 500 und mehr Kollegen beschäftigt. Es gibt eine Reihe Systeme, das Röhrechen, das Dreifache, das Reusgebaue usw. Vorrangend ist der Zeitlohn, doch soll in einigen Geschäften das Prämiensystem und auch der veredelte Akkord eingeführt sein. Die Organisation konnte eine heilsame Wirkung noch nicht ausüben, da es immer noch nicht gelang, einen Organisator zu gewinnen, der die Kollegen dieser Branche zusammenfand und sie zur gemeinsamen Organisationsarbeit vereinte.

40 bis 50 Kollegen sind beim sogenannten Zement-treppenbau beschäftigt. Auch deren Lohn und Arbeitsbedingungen sind vertraglich geregelt. Früher war hier

das Prämiensystem üblich; es ist aber seit 3 bis 4 Jahren beseitigt.

Für die circa 70 Mann starke Gruppe der in Brauereien beschäftigten Kollegen sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen gleichfalls tariflich geregelt.

Ungefähr je 100 bis 200 Kollegen sind in Zeitlohn in Gassehallen und Fabrikanten beschäftigt, und als letzte und bekannteste Spezialgruppe kommen die Fuger in Betracht. Hierbei sollen circa 100 Mann beschäftigt sein. Die Arbeit wurde früher in Afford ausgeführt; jetzt soll der Zeitlohn überwiegen. In den letzten drei Gruppen konnte eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Organisation noch nicht erfolgen.

Damit wäre die Affordarbeit im Berliner Bohngebiet, soweit deren Umfang in Frage kommt, sowie auch die Bohnsysteme der gesamten Branden dargestellt.

Was die Art des Affordsystems beim Mauern wie beim Putzen anbelangt, so ist es allgemein üblich, daß die Arbeit in Kolonnen übernommen und der Verdienst in der Regel unter gleicher Anteilnahme aller beteiligten Kollegen verteilt wird. Benutzungs ist dies bei den Putzern der Fall. Der Kolonnenführer erhält in der Regel eine Vergütung für Unkosten, die ihm bei der Versorgung der Arbeit und der Aufrechterhaltung der Kolonne entstehen. Bei den Affordmauern erhalten die „weniger beschäftigten“ einen geringeren Anteil des Verdienstes.

Das in den neunziger Jahren im Putzberuf bestehende Aufsteiger-System — sogenannte Putzmeister, die auch gleichzeitig Kalkulatoren lieferten, die Arbeit in Afford übernahmen und die Kollegen in Tagelohn auszahlten — ist bis auf einige Fälle beseitigt.

Im Bohngebiet Posen wird die Putzarbeit ebenfalls in Afford ausgeführt, und zwar unter denselben Normen wie in Berlin. Von 1892 beschäftigten Kollegen wurden im August 123. Bis auf Spandau, Zehlendorf und Wittenwerder beschränkt sich die Affordarbeit in unserem Gau auf das Putzen. Im ersten Bezirk wurden 82 und in den beiden letzten je 4 Maurer beim Mauern beschäftigt. 1905 wurde in 31 Vereinen in Afford gearbeitet. In diesem Jahre wird von Erfner und Potsdam gemeldet, daß im Gegensatz zum Vorjahr, in Afford gepulst wird. Im ersten Orte sind es 3 und in Potsdam von 420 beschäftigten Kollegen 20 Mann. In Potsdam ist in diesem Jahre unter wenig rühmlichen Begleiterscheinungen die Affordarbeit freigegeben worden. In mehreren Bezirken wurde sie in diesem Jahre beseitigt, z. B. in Senftenberg, Zehdenick und Rathenow, außerdem wurde in den 31 Bezirken, die im Jahre 1905 noch Affordarbeit aufwiesen, zur Zeit der Kontrolle nur in Lohn gearbeitet in Bruchmühle, Forst, Wodowitz, Schönwalde i. d. M., Seddin, Sorau, Jossen, Puttitz und Ralsberge-Müdersdorf. Wir sind berechtigt, dies als eine Besserung aufzufassen.

Affordarbeit ist somit in unserem Gau in folgenden Bezirken üblich: Berlin, Varnau, Wittenwerder (Kolonnenorganisation), Eberswalde, Erfner, Finsterwalde, Frankfurt, St. Buchholz, Mühlenbeck, Regersmühle, Hermersdorf, M. Markgrafen, Potsdam, Rixdorf, Spandau, Waltersdorf, Zehlendorf, Zehdenick, Posen und Schneidemühl. Von Annaburg und Friedeberg fehlen uns noch die Fragebogen.

Zahl der 1900, 1905 und 1906 im Gau in Zeit- und Affordlohn beschäftigten Maurer und Putzer. (In 33 Vereinen resp. Bohnbezirken.)

	Beschäftigte 1900				Beschäftigte 1905				Beschäftigte 1908			
	In Zeitlohn	Maenner	Frauen	Summa	In Zeitlohn	Maenner	Frauen	Summa	In Zeitlohn	Maenner	Frauen	Summa
Im Berliner Bohngengebiet	7923	401	1399	9723	11944	948	3763	16625	10426	914	3794	15134
In 33 Bohn- gebieten d. Gaues...	3103	—	76	3179	4272	14	359	4645	5505	40	314	5859
In allen Bohngengebiet. des Gaues, sow. Bohn- gebiets	11026	401	1475	12902	16216	962	4122	1300	15931	954	4108	20993

Ueber die Wirkung der Affordarbeit etwas zu sagen, dürfte hier wohl nicht notwendig sein; die schädlichen Folgen sind allgemein bekannt. Interessant aber dürfte es sein, zu hören, was ein deutscher Baugewerksmeister über die Wirkung der Affordarbeit in englischen Baugewerke beobachtet hat. Diese seine Erfahrung veröffentlichte er im Organ „Deutsches Jahrbuch für das Baugewerbe 1895“. Er schreibt:

„In England werden die Bauarbeiten mit verschwindenden Ausnahmen in Afford ausgeführt. Ein technisch gebildeter Bauverwalter übernimmt das Bauwerk. Dieser Bauverwalter überträgt die einzelnen Teile und vornehmenden Arbeiten gleichfalls wieder einzelnen Unternehmern, die sich wiederum mit anderen zum Arbeiten auf gemeinsame Rechnung verbunden haben. Da diese Kolonnen auf gemeinsame Rechnung arbeiten, hat jeder von ihnen das Interesse, von den anderen der feinsten gleich gute Leistungen zu verlangen, was in weiterer Folge dahin führt, daß sich nur gleich fähigende Kräfte zusammenfinden und zusammenhalten.“

Stellt sich in einer Kolonne Abgang durch Tod oder andere Ursachen ein, so wird durch Wahl, bei der Mehrheitsbeschluß entscheidet, der Ausfall ergänzt. Es haben deshalb auch die Kolonnenmitglieder das Interesse, unter Einkauf jeder persönlichen Rücksicht, ausschließlich nur hochbegabten Kräften Zutritt zu verschaffen. Wie sehr das Persönliche — man kann sagen die Selbstsucht — verdrängt, geht daraus hervor, daß bei Abnahme der Leistungsfähigkeit des einen von ihnen, unerbittlich und ohne Rücksicht auf die Billigkeit seiner Lage, sein Ausschluß aus der Kolonne zu erfolgen pflegt, ja, daß nicht selten sogar die in der Kolonne beschäftigten eigenen Kinder und sonstigen Verwandten des Betroffenen seine Entfernung aus der Kolonne betreiben.

Zur Ergänzung beschäftigt sich die Kolonne auch mit der Entfernung jüngerer Personen, die während der Lehr-

zeit eine von der Kolonne festgesetzte Quote des Gewinns zum Lebensunterhalt bekommen, deren Erhöhung mit Zunahme der Leistungsfähigkeit eintritt. Es haben daher die Lehrlinge das nächste Interesse, alle ihre Kräfte aufzutreiben, um möglichst bald zum vollen Anteil zu gelangen. Umgekehrt gebietet das nächste Interesse den übrigen, möglichst spät erst den vollen Anteil abzugeben.

Man sieht auf den englischen Bauten eine Engherzigkeit beim Arbeiten, die wirtschaftlich nachteilig ist. (Das muß ja eine nette Schinderei sein! Red. d. „Gr.“) Der Rastige wird von den Mitarbeitern zur Arbeit getrieben, ihre Unzufriedenheit hat keinen Ausschlag aus der Kolonne zur Folge. Deshalb und weil dem Ausschließen schwer der Eintritt in eine andere Kolonne gelingt, ist die Erhaltung der Zufriedenheit bei seinen Mitarbeitern eine zwingende Notwendigkeit des einzelnen, ihre Unzufriedenheit gewissermaßen gleichbedeutend mit zeitweiser Arbeitslosigkeit und daraus resultierenden materiellen Verlusten.

Man kann sagen, in Deutschland sind die Wirkungen der Affordarbeit nicht so schädlich; hier können sie durch die Organisation, durch die Pflege der Solidarität und der Bruderliebe gemildert werden, wenn wir, wie dies im Putzberuf der Fall ist, Einfluß auf unsere Kollegen behalten, oder ihn durch Organisation der Kollegen zu erlangen suchen. Wer aber mit den Mäuren und Charaktereigenschaften der gewerkschaftlichen Berliner Affordmaurer vertraut wurde, wird zugeben müssen, daß er fast alle an dem englischen Bauarbeiter in jener „gerühmten“ Eigenschaft erreicht, ja in manchem Fall noch übertrifft. Selbst aber die Durchführung jener „Grundzüge“ nach einer bestimmten Organisationsfähigkeit voraus — nennen wir sie die Organisationsfähigkeit zur Erhaltung aller Menschlichkeit und Nächstenliebe — so ist bei jenem Teil unserer Affordmaurer nicht einmal diese Voraussetzung vorhanden; es fehlt an jenem Quantum moralischer Kraft, die notwendig ist, die Leute dauernd zusammenzubinden.

Ein nicht geringer Teil besteht aus Leuten, die aus den rückständigen Gegenden kommen und in der Heimat recht viel Not und Entbehrung kennen lernten, oder aus Söhnen von Bauern und kleinen Besitzern, deren elterliche Güter den Nachkommen nicht zu ernähren vermögen, und die sich eine andere Ernährungsquelle suchen müssen. Das Mauerhandwerk erscheint ihnen das nächste und rentabelste. Dem Schreiber dieses sind Brüder bekannt, die den ganzen männlichen Nachwuchs als Maurer nach Berlin senden und in denen vor unserer Organisationszeit derjenige nicht als boller Maurer galt, der nur in Lohn arbeitete. Ein anderer Teil besteht aus Kollegen, die nicht gern zu den Affordmauren übergingen; aus solchen, die gelegentlich nicht ganz korrekt handelten, an den Beschäftigten der Organisation sich versündigt, denen mal eine Marke fehlte. Die glaubten, unrecht behandelt worden zu sein und ausgeschloffen werden zu müssen, sowie zum größten Teil aus solchen, die von unseren Kollegen auf den Bauten in nicht zweckentsprechender und unverständiger Weise behandelt und vor den Kopf gestoßen wurden.

Was soll nun der Verbandstag in der Frage der Affordarbeit tun? Welche Beschlässe würden den in unserem Gau überwundenen Verhältnissen am besten sein? Soll er ein Verbot aussprechen? Oder soll er zu reformieren suchen?

Wir können uns hier nicht auf eine Untersuchung darüber einlassen, ob die Affordarbeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung prinzipiell zu verwerfen ist oder ob ein Kampf dagegen schon deshalb aussichtslos erscheint, weil die Mehrheit der Verufe, ja selbst die nachteiligsten Bauverufe, in Afford arbeiten. Hier wollen wir nur untersuchen, ob es nach Lage der Sache möglich ist, diese Arbeitsmethode durch Verbot zu beseitigen, oder sie zu reformieren, oder ob ein Verbot zu tun übrig bleibt.

Zu einem Verbot können wir nicht raten, und zwar aus den Gründen, die Kollege Baplow in seinem Vortrage „Verbot oder Reform“ auspricht, dessen Argumenten wir uns in der Hauptsache anschließen.

Reformieren heißt, die Affordarbeit unter bestimmten Voraussetzungen anerkennen. Zum Beispiel hat dies der „Allgemeine deutsche Maurer- und Steinhauberbund“ 1873 in Berlin getan, indem er einen Minimal-Affordtarif über Lohn resp. Affordpreise und Arbeitszeit z. a. aufstellte und den unter diesen Bedingungen arbeitenden Maurern gestattete, Mitglieder der Organisation zu sein. Wir halten eine Reform in diesem Sinne unter keinen Umständen für geeignet, die Affordarbeit im Mauergerber in vernünftige Bahnen zu drängen. Die so erfolgte Anerkennung der Affordarbeit seit mehr als 20 Jahren unter dem Motto „Afford ist Mord“ beständiger Arbeitsmethode würde in den Augen unserer Kolonnenmaurer und bei den Kollegen der Spezialbranchen den Glauben erwecken, daß die Affordarbeit nun nicht mehr so verwerflich sei, wie bisher betont worden ist, und dieser Umstand würde die ersten geneigt machen, diese Arbeitsmethode nicht mehr konsequent abzulehnen, wie dies bisher geschehen ist. Bei den Putzern aber würde die Bekämpfung der Affordarbeit mit dem Augenblick vollständig ins Stocken geraten, so sie im Mauerberuf legitim wird, und in den übrigen Spezialbranchen würden wir nicht in der Lage sein, die abgeschaffte oder zurückgedrängte Affordarbeit am Wideraufleben zu verhindern.

Man sage nicht, diese Wirkung einer Reform müßte ihr durch Aufklärung und Belehrung zu kompensieren suchen. Dieses müßte, wenn die Wirkung abgemildert werden sollte, vorausgegangen sein. In einem so großen Bezirk ist aber die Agitation, die Aufklärung und die Kontrolle nicht so leicht, hier erfährt man die große Zahl der Kollegen nicht so gleichmäßig wie in kleineren Bezirken, wo sich die Kollegen fast alle gegenseitig kennen.

Nach Marx und auf Grund der Erfahrungen in der gesamten Arbeiterbewegung ist der Stücklohn die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechende Form des Arbeitslohnes und für den Arbeiter die schlechteste, die ihn, besonders in unserem Gewerbe, moralisch entwertet. Die Frage ist deshalb so zu stellen: Füllen wir in unserer Organisation die Kraft, und ist unser Gewerbe so gelagert, daß wir mit Erfolg die Affordarbeit bekämpfen und beseitigen können?

Wie aus unserer Statistik aus den Jahren 1900 und 1906 ersichtlich, ist die Zahl der in Deutschland in Afford arbeitenden Kollegen sehr gering. Nach Baplow sollen von 224 000 Mauern, die unsere Erhebung 1905 erfaßte, nur 3,92 pSt. in Afford mauern, einschließlich der Spezial-

branchen sollen es 9,7 pSt. sein. Wieviel es 1900 gewesen sind, können wir im Augenblick nicht feststellen (vielleicht wird dieser Mangel in dieser Statistik gelegentlich beseitigt), aber Wahrscheinlichkeit nach ist der Prozentsatz aber seitdem nicht gesunken; ist doch in einer ganzen Anzahl Orten die Affordarbeit beseitigt worden. (1900 haben von 159 818 ermittelten Mauern und Putzern 10 457 = 6,54 pSt. gelegentlich oder immer in Afford gearbeitet. Die Red. des „Grundstein“.)

Aus all diesen Gründen sind wir der Auffassung, daß der Verbandstag weder ein „Verbot“ noch eine „Reform“ im obigen Sinne beschließen sollte. Aber eine Reform in unserer Art zu Affordfrage halten wir dennoch für sehr notwendig, und zwar muß die Bekämpfung der Affordarbeit systematischer und mit mehr Nachdruck betrieben werden. Gelingt es, dieser Agitation mehr den Charakter der Einheitsfront zu geben, so geben wir uns der Hoffnung hin, daß der Erfolg sich bald zeigen wird. Es müßten der Vorstand und das Sachorgan beauftragt werden, in Wort und Schrift, und zwar mehr als bisher, in allen Bundes- und Landesvereinen, natürlich immer unter Berücksichtigung der Eigenart der dortigen Affordverhältnisse — die Vereine, in denen Affordarbeit besteht, vorwärts zu drängen. Diese Vereine müssen mit allen Mitteln Aufklärung über die Schädlichkeit der Affordarbeit zu verbreiten suchen. Weiter müßte der Vorstand gehalten sein, mit den Verbänden, die mit uns karrefiert sind, in Verbindung zu treten und diese zu veranlassen, daß sie in demselben Sinne auch in ihrer Organisation tätig sind. Ein gleicher Versuch wäre bei den Statistateuren zu machen; diese brechen besonders hier in Berlin zur Zeit in die Spitzbranche ein und verberben mit ihrem bösen Affordbeispiel die besseren Sitten unserer Lohnarbeit.

Wir sind der festen Überzeugung, daß es bei ruhiger und sachlicher Agitation und bei Anwendung aller Mittel der Aufklärung und bei systematischer und tatkräftiger Arbeit aller Organisationsinstanzen möglich ist, die Affordarbeit in unserem Gewerbe bis auf ein ganz unbedeutendes Minimum zurückzubringen. Würden die Verufe der Bauarbeiter und Statistateure an unserer Agitation Anteil nehmen, dann würde dieses Ziel auch da zu erreichen sein. Allen Vereinen unseres Verbandes, soweit Affordarbeit in irgend einer Form vorhanden ist, wäre es möglich, an dem gemeinsamen Ziele mitzuarbeiten, und zwar kräftiger als bisher. Wir in Berlin aber müssen versuchen, unter Vermeidung der bisherigen Fehler, die organisationsfähigen Affordmaurer für uns zu gewinnen, und unsere Putzer müssen mit Nachdruck die Idee der Vereinigung der Affordarbeit im Kreise ihrer Mitglieber propagieren.

Drängen wir aber in Berlin die Affordarbeit zurück, so nehmen wir den anderen Orten des Gaues und weit darüber hinaus das böse Beispiel, und damit verschwindet bei einigem Nachdenken fast von selbst.

Der Gauvorstand. J. K. S. Silberschmidt.

Der deutsche Arbeiter in Zürich.

Das laufende Jahr hat in der Stadt Zürich eine Reihe von Streiks gebracht, die eine bisher noch nie gesehene Verschärfung der Klassengegensätze brachte. Das hatte zur Folge, daß die Kämpfe zwischen Arbeiterchaft und Unternehmern einen unerhörten leidenschaftlichen Charakter annahmen und daß die Regierung des Kantons Zürich sich rücksichtslos zum Werkzeug des wütenden Bürgerturns machte.

Zürich steht unter dem Zeichen der schändlichen Reaktion.

Die wild gewordenen Spießer begnügten sich aber nicht damit, die Regierung so schamlos als möglich zu machen, sondern sie suchten die Mut der Bürgerchaft auch dadurch anzufachen, daß sie eine schamlose Ausländerheke inszenierten und die gesamte bürgerliche Presse den Versuch machte, dem Kampf gegen die organisierte Arbeiterchaft einen nationalen, geradezu chauvinistischen Anstrich zu geben, und die Meinung zu verbreiten, als ob nur die Ausländer die Schuld an den leidenschaftlichen wirtschaftlichen Kämpfen zu tragen hätten.

Der Versuch ist ihnen in weiten Volkskreisen leider nur zu gut gelungen und die schamlos lügenhafte Hetzarbeit hat weit herum eine unerhörte Erbitterung gegen die deutschen und italienischen Arbeiter wachgerufen.

Das zeigte sich in seiner widerwärtigsten Form, als infolge des Streiks, insbesondere im Baugewerbe, die Staatsgewalt erst durch die Polizei und dann durch die Militärs mit einer Roheit und Brutalität gegen die Arbeiter vorging, die der ganzen bürgerlichen Presse würdig gewesen wäre. Die empörendsten Gewalttaten richteten sich während dieser Zeit hauptsächlich gegen die Ausländer und wenn ein Deutscher sich nur eine Bemerkung gestattete, so riskierte er nicht etwa nur verhaftet zu werden, sondern er wurde von der Polizei in der rohesten Weise mit Faustschlägen und Fußtritt, vom Militär ebenfalls mit Kolbenstößen und Schlägen mißhandelt. Ja, es ist sogar von der Regierung ausgegangen worden, daß verhaftete Ausländer in der Militärkaserne mit Keilspitzen geschlagen wurden. Und das in Gegenwart scheinbarer Offiziere, ja, es waren sogar Offiziere selbst, die gepeitscht haben.

Weber die Regierung nach die Militärbehörden sind dagegen eingeschritten. Im Gegenteil, die Regierung des Kantons Zürich hat die Schandthaten der Reaktion lebhaft mitgemacht und hat sie schließlich damit getönt, daß sie eine große Zahl von Arbeitern, es sind ihrer über dreißig aus ihrem Staatsgebiete ausgewiesen hat. Zum Teil wegen der Kleinlichen Unterbreitung von Polizeivorstritten wurden die Leute des Landes verwiesen, Leute, die seit Jahren hier ansässig sind, Leute, die Familie hier haben und für die die Ausweisung den ökonomischen Ruin bedeutet.

Der Fremdenhaß ist demnach angefeuert und groß gezogen worden, daß der deutsche Arbeiter geradezu als ein Feind, minderer Klasse betrachtet wird.

Daneben hat sich die Mut des Bürgerturns auch gegen die gesamte Arbeiterchaft gerichtet und hat zu schamhaften Maßnahmen geführt, die selbst für Schanden

nicht mehr „bestimmt behaupten“. Der Angeklagte wurde zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er nach dem Sturz nicht gleich fortgegangen ist. — Originell ist, daß auch einmal ein „ordnungsliebender“ Arbeiter in die Wägen der Justiz geriet. Der Schneider Andreas Buchta hatte sich am 16. August zu einem Trupp streikender Maurer gesellt, denen er klar zu machen suchte, daß ihre Forderungen unberechtigt seien. Darin wurde er durch die Polizei gestört, die den Trupp zerstreute. Die Streikenden gingen anstandslos weiter, während Buchta als „Königsreiter“ sich nicht für verpflichtet hielt, das gleiche zu tun. Als er wiederholt auf Weitergehen aufgefordert wurde, rief er den Schubleuten eine Einladung à la Cid von Verhörungen zu. Obwohl er dem Gericht hundertmal seine „staats-erhaltende Gesinnung“ beteuerte, wurde er zu vier Wochen Gefängnis verurteilt.

*** Streikfänger.** Das Schöffengericht zu Mittelfeld verurteilte am 20. August den Kollegen Mohr, Vorsitzender des Zweigvereins Freyhan, zu M. 20 Geldstrafe und zur Tragung sämtlicher Kosten des Verfahrens wegen Übertretung des § 153 der Gewerbeordnung. Der Anklage lag folgendes Tatbestand zu Grunde. Seit Anfang Mai dieses Jahres lagen die Maurer und Zimmerer des Zweigvereins im Streik; der Streikort selbst war Krotzschin. Als am 23. Juni Mohr die Eisenbahn von Krotzschin bis Freyhan benutzte, sollen in demselben Wagen, in dem sich Mohr befand, Worte gefallen sein, die den beiden Maurern Wilhelm Finkner aus Thiergarten und Karl Riese- witter aus Krotzschin, beide frühere Mitglieder unseres Verbandes, nicht gefielen. Diese beiden Maurer wollen gehört haben, daß Mohr sagte: „Diese wilden Schweine“ usw. Obwohl von mehreren Zeugen vor Gericht be- kundet wurde, daß diese Äußerungen sich nicht im geringsten auf diese beiden Maurer bezogen hätten, sondern daß sich das Gespräch auf einen ganz anderen Gegenstand bezogen habe, kam das Gericht doch zu der Überzeugung, daß es sich nur um diese Personen handeln konnte. Auf einen ganz anderen Stand- punkt stellte sich das Schöffengericht in Krotzschin am 5. September, als zwei „Arbeitswillige“ die Anklagebank stiegen mußten, hier handelt es sich um den Zimmerer Woydowiat und den Maurer Järlsch. Beide kamen eines Abends von der Arbeitstätte, wo sie allerdings Streikbrüche verübten, vor das Strumpfweber-Batal, wofür das Streikbureau war und die Kollegen, die die Zeitung hatten, sahen. Ohne jegliche Ver- anlassung blieben die beiden „Arbeitswilligen“ vor dem Batal stehen und fingen nun an, die streikenden Kollegen ganz gemein zu belästigen und zu bedrohen. Sie riefen: „Ihr verfluchten geistlichen Schweine, heute werden wir Euch allen die Wimpern aufschlagen oder todschlagen, lebendig kommt keiner hier heraus.“ Dafür bekam der Zimmerer Woydowiat eine Geldstrafe von M. 10 und Järlsch wurde freigesprochen. Der Ver- teidiger der Angeklagten, Vorsitzender des dortigen Landweh- vereins, führte an: Grundsätzlich sind die beiden Angeklagten nicht vom Landwehrverein abtrünnig geworden. Sie haben sich jedenfalls getrennt gefühlt, und aus diesem Grunde seien die Äußerungen nicht als strafbar zu betrachten. Vergleichen wir nun jetzt einmal die beiden Urteile, so kann man klar und deutlich sehen, was für Meinungen die Herren am grünen Tische haben.

Verschiedenes.

*** Arbeiterbildungsschule in Berlin.** Der Unterricht in Geschichte beginnt am 18. Oktober; in Sozialer Gesetzgebung Dienstag, den 16. Oktober; in Naturerkenntnis Mittwoch, den 17. Oktober; in Rechnerschule Donnerstag, den 18. Oktober; in Nationalökonomie Freitag, den 19. Oktober; in Literaturgeschichte Sonnabend, den 20. Oktober; Fort- schrittsskizzen in Nationalökonomie Montag, den 21. Oktober.

Zum Fortschrittsskizzen werden nur circa 20 Teilnehmer zugelassen, welche schon einen Kursus in Nationalökonomie besucht haben müssen.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 10 1/2 Uhr.

Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 s; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus M. 1 und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal Grenadier- straße 37, Hof geradeg. 1 Treppe und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralsstraße 40 a; Reul, Barnimstraße 42; Vogel, Vorlingstraße 37; Järlsch, Rabene- straße 6; Horst, Engel-Lüder 15.

Alle Zuschriften sind an den Vorstehenden Hermann Damm, Berlin S. 59, Freiligrathstraße 3, 1. Quergeb., IV, Gelsenbeide 58, zu senden.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) Heft 53 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Partei- liches. — In Erwartung des italienischen Parteitag. Von Oda Oberg (Rom). — Georges Clemenceau oder der bürger- liche Anarchismus. Von G. H. Rapoport (Paris). — Der Versöhnungskongress und die Sozialpolitik. Von Dr. Rati Guinberg (Berlin). — Mitteilungen des Internationalen Sozia- listischen Bureau zu Brüssel. (Schluß). — Literarische Mit- teilungen. Von E. W. — Notizen: Gewerkschaftliche Unterrichts- kurse. Von M. L. Fürsorgeversicherung. Von M. A. Zur Abwanderung vom Rhein nach dem Westen. Von H.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolporteurs zum Preise von M. 2.25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 s. Probenummern, stehen jederzeit zur Ver- fügung.

Die „Neue Gesellschaft“, Sozialistische Wochen- schrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Ely Braun, Heft 1 des 2. Jahrgangs. (Verlag: Berlin-Schöneberg. Preis für das Einzelheft 10 s, pro Monat 40 s, pro Vierteljahr M. 1.20). Inhalt: Glosse: Mannheim. — Die anarcho- soziale Frage. — Richter Raminverstein. — Von den Minister- Mannheimer Epilog. — Ely Braun: Die Mannheimer Frauentagung. — Edward H. Pease: Die Arbeitslosenfrage

in England. — Dr. Bruno Borchardt: Die 78. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte. — Wilhelm Schröder: Hans Nikolaus Krauß. — Edward Wilde: Der Wollgeschminte.

„Kommunale Praxis“, Wochenschrift für Kommunal- politik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. H. Siedelmann, Verlag: Paul Singer-Berlin.

Jum Parteitage hat die „Kommunale Praxis“ eine Sondernummer herausgegeben, die sich im ersten Teile mit der Erziehungsfrage beschäftigt, im zweiten Teile Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei in den Gemeinden enthält. Aus dem sehr reichen Inhalte heben wir besonders die Darstellung der Aufgaben von Staat und Gemeinde bei der körperlichen Erziehung der Jugend von Dr. Silberstein in Rixdorf, sowie eine Abhandlung von Otto Noll über die Jugendfürsorge in Dresden hervor. Wertvolle Fingerzeige gibt auch die programmatische Arbeit Dr. Lindemanns: „Warum treiben wir Kommunalpolitik?“ Gerade jetzt, wo die Gemeinde- wahlen in vielen Gegenden Deutschlands unmittelbar vor der Tür stehen, bietet sich zur Agitation brauchbarer Stoff.

Probenummern der „Kommunalen Praxis“ sind jederzeit kostenlos vom Verlage der „Kommunalen Praxis“, Berlin W. 10, zu erhalten.

Die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 20 des 16. Jahrgangs.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 s; durch die Post bezogen beträgt der Abonnements- preis vierteljährlich ohne Postgebühren 55 s, unter Kreuzband 65 s. Jahresabonnement M. 2.60.

„In freien Stunden“, Romanbroschüre, herausgegeben von der Buchhandlung Vorwärts in Berlin, Heft 36 bis 39. Jede Woche erscheint ein Heft; Preis 10 s.

Der „Wahre Jakob“, Nr. 20 des 22. Jahrgangs. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Kallabli“ und „Festgerannt“. Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10 s.

„Süddeutscher Postillon“, Nr. 20 des 25. Jahrgangs beginnt ihren Text mit einem Song: Die Münchener Bombenfabrik. Ein einfacher Kreis und die Zeichnung für einen Mischverteiler in einer Zentrifugaltrommel ward dabei von der Polizei entdeckt. Die Nummer kostet wie ge- wöhnlich 10 s und ist in allen Buchhandlungen zu haben.

Briefkasten.

Berlin Südwest, F. Sch. Die Versammlungsanzeige kam einen halben Tag zu spät.

N. 25. Unseres Erachtens sind Sie verpflichtet, den Gemeindebevollmächtigten zu respektieren, da Sie ja dort Ihren Wohnsitz haben. Wenn Sie selbst nicht in der Lage sind, bei der Be- kämpfung eines etwaigen Feuers mitzuwirken, weil Sie aus- wärts arbeiten, so müssen Sie eben einen Stellvertreter stellen. Es wäre ja auch noch schäbiger, wenn sich jeder von eine so selbstverständlichen Pflicht, wie es die Bekämpfung eines die Allgemeinheit bedrohenden Schadensfeuers ist, drücken wollte.

Bayreuth, D. Ihre Karte mit Versammlungsanzeige kam infolge verkehrter Adresse zu spät bei uns an.

Berlin, Bezirk Schöneberg. In der Versammlungs- anzeige fehlt das Datum, an dem die Versammlung sein soll.

—* Anzeigen. *

St. Johann.

Das Bureau des Zweigvereins ist jetzt: St. Johanner- straße 37 [M. 1,20] Der Vorstand.

Weida i. Th.

Die Adresse des Zweigvereinsvorsitzenden ist: Karl Fabst, Wilhelmstraße 17, 3. Et. [M. 1,20]

Kemberg.

In der Bekanntmachung in Nr. 39 des „Grundstein“ muß es heißen: Der Kassierer wohnt Leipzigerstr. 9, nicht 2.

Sangerhausen.

Die Adresse des ersten Vorsitzenden, F. Blossfeld, ist jetzt: Dammstr. 4. [M. 1,20] Der Vorstand.

Templin.

Die Adresse des Kassierers Gabriel ist: Grün- straße 145 a, in Templin. [M. 1,20]

Meuselwitz.

Der Vorsitzende Rob. Geringswald wohnt jetzt: Clausenstraße 6, 2. Et. [M. 1,20]

Friedrichshagen.

Der Zweigverein feiert Sonnabend, den 13. Oktober, sein

25jähriges Stiftungsfest.

Um zahlreichen Besuch bittet: [M. 2,10] Der Vorstand.

Guben.

Sonnabend, den 13. Oktober, Abends 8 Uhr:

Neuntes Stiftungsfest

bestehend in
Konzert, komischen Vorträgen, Kinderbelustigungen und Ball.

Die Mitglieder des Zweigvereins Guben und Umgebung werden hiernit freundlichst eingeladen.

Einktritt 50 Pfg. Damen ohne Herren 25 Pfg. [M. 8,90] Das Komitee.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbands- mitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode Mitteilung gemacht wird. Die Beilei kostet 15 s.)

Berlin. (Pug.). Am 18. September starb unser lang- jähriges Mitglied **Georg Berg** im Alter von 69 Jahren an Herzschwäche.

Bismarck i. Pom. Am 23. September starb nach langem Krankenlager unser Verbandskollege **Carl Carlin** im Alter von 40 Jahren an Lungenerkrankung.

Chemnitz. Am 17. September starb nach langem, schwerem Leiden unser Verbandskollege **Heinrich Karl Reussner** im Alter von 67 Jahren.

Danzig. Am 16. September erkrankt der Kollege **Hermann Will** im Alter von 31 Jahren.

Dortmund. Montag, den 24. September, starb unser Kollege **W. Gerbermann** im Alter von 24 Jahren an Gehirnleiden.

Goldberg i. Schlesien. Sonntag, den 23. September, starb nach längerer Krankheit unser Kollege **Heinrich Krause** im Alter von 48 Jahren.

Görlitz. Am 28. September starb nach längerem Leiden unser Verbandskollege **Paul Jung** im Alter von 44 Jahren an der Prostatierkrankheit. Er war seit Gründung unseres Verbandes ein treues, anhängliches Mitglied.

Grünberg i. Schl. Am 25. September starb unser treues, langjähriges Mitglied **Georg Kingmann** an Bauchfellentzündung im 35. Lebensjahre.

Jägerndorf. Am 28. September starb nach kurzem, schwerem Leiden unser junger Verbandsmitglied **Albrecht Ostermann** im Alter von 18 Jahren.

Königsbäumen bei Mainz. Am 16. September starb unser Mitglied **Philipp Friedrich** im Alter von 38 Jahren an Herzfehler.

Kositz. Am 24. September starb an Schlaganfall unser Mitglied **Heinrich Schulz** im Alter von 60 Jahren.

Kositz i. M. Am 29. September starb unser altes Ehrenmitglied **Adam Schauer** im Alter von 65 Jahren an der Prostatierkrankheit.

Waldenburger. Am 22. September starb nach langem Leiden unser Kollege **Adam Mundschenk** im Alter von 35 Jahren an Lungenerkrankung.

Wiesbaden i. Th. Am 20. September verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser Kollege und Kassierer **Max Oehme**.

Stuttgart. Am 18. September starb unser Verbands- kollege **Martin Böhm** durch Unfalltod im Alter von 35 Jahren. — Am 21. September starb unser Verbandskollege **Jakob Denzinger** im Alter von 32 Jahren.

Waldenburg. Am 22. September starb unser Ver- bandsmitglied **Franz Plener** im Alter von 25 Jahren an Lungenerkrankung.

Ehre ihrem Andenken!

[M. 1,50] Hamburg.

Das Bureau des Zweigvereins ist verlegt dem Gänse- markt 35 nach dem Gewerkschaftshaus, Wendenbinder- heit 57, 2. Et., Zimmer 20. Der Vorstand.

[M. 1,20] Brieg.

Kassierer des Zweigvereins ist jetzt: **Julius Seidel**, Paulauerstraße, Pfeiferhof. Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandssitzungen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 7. Oktober.

Arnsvalde. Nachm. 3 Uhr im „Goldenen Bären“.

Bleekede. Nachm. 3 Uhr. Wichtige Tagesordnung. Mitgliedsbäcker mit- bringen.

Gutzkow. Nachm. 3 Uhr Besprechung des neuen Postamts.

Niemegk. Nachm. 3 Uhr bei Fleischer. Referent anwesend.

Rendsburg. Nachm. 4 Uhr Generalversammlung in der „Neuen Welt“.

Völkershäuser. Nachm. 3 Uhr in der „Revue“.

Montag, den 8. Oktober.

Berlin. Bezirk Nord-Osten. Abends 8 Uhr bei Vorbe, Neue König- straße 7. L.-D.: „Unsere Forderungen im nächsten Jahre“.

Dienstag, den 9. Oktober.

Liegnitz. Abends 6 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Neusalz. Abends 8 Uhr im „Deutschen Kaiser“. Mitgliedsbäcker sind mitzubringen.

Sonntag, den 14. Oktober.

Bleekede. Nachm. 3 Uhr. Tagesordnung wichtig. Mitgliedsbäcker sind mitzubringen.

Neuhardenberg. Nachm. 1 1/2 Uhr im Lokale von Künzel. Wichtige Tages- ordnung.

Probstzella. Nachm. 2 Uhr bei Hermann Wagner in Leutenstein.

Donnerstag, den 18. Oktober.

Berlin. Bezirk West. Abends 8 Uhr bei G. Peters. L.-D.: Unser Forderung für 1907.

Sonntag, den 21. Oktober.

Coln. Vorm. 11 Uhr im „Rathhaus“, Gerechtigkeitsstr. 199, Generalversammlung. Mitgliedsbäcker sind mitzubringen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 7. Oktober. Nachm. 1 Uhr Generalversammlung in der „Hoffnung“, Schloß- straße 10.

Sonntag, den 14. Oktober. Vorm. 10 Uhr bei Herrmann, Goldländer und Reibers- straßen-Gde.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Muer & Co. in Hamburg.